



Vereinte Nationen

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Generalversammlung

Offizielles Protokoll

Sechsendsechzigste Tagung

Beilage 1



Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Sechshundsechzigste Tagung
Beilage 1

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2011

Hinweis

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung.....	1
II. Ergebnisse für die Bedürftigsten erreichen.....	2
A. Entwicklung.....	2
1. Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele.....	2
2. Die besonderen Bedürfnisse Afrikas.....	3
B. Frieden und Sicherheit.....	4
1. Vorbeugende Diplomatie und Unterstützung von Friedensprozessen.....	4
2. Friedenssicherung.....	6
3. Friedenskonsolidierung.....	8
C. Humanitäre Angelegenheiten.....	8
D. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung sowie Demokratie und gute Regierungsführung.....	10
1. Menschenrechte.....	10
2. Rechtsstaatlichkeit.....	10
3. Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung.....	11
4. Demokratie und gute Regierungsführung.....	11
III. Sicherung der globalen Güter.....	13
A. Klimawandel.....	13
B. Globale Gesundheit.....	14
C. Bekämpfung des Terrorismus.....	15
D. Abrüstung und Nichtverbreitung.....	15
IV. Stärkung der Vereinten Nationen.....	17
A. Das Sekretariat, der zwischenstaatliche Apparat, systemweite Kohärenz und die Regionalorganisationen.....	17
1. Das Sekretariat.....	17
2. Der zwischenstaatliche Apparat.....	17
3. Systemweite Kohärenz.....	18
4. Regionalorganisationen.....	19

B.	Globale Handlungspartner.....	19
1.	Stärkung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft.....	19
2.	Einbindung der Privatwirtschaft	20
V.	Fazit.....	21
Anhang		
	Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2011: statistische Tabellen.....	23

Kapitel I

Einleitung

1. Seit 2007 hat sich die Welt erheblich verändert. Wir haben gesehen, welche breiten und tiefgreifenden Auswirkungen die globalen Nahrungsmittelengpässe, Brennstoffkrisen und wirtschaftlichen Schocks auf Bevölkerungen in der ganzen Welt hatten. Wir wurden Zeuge revolutionärer Umschwünge und des Wiederauflebens basisdemokratischer Bewegungen in Nordafrika und im gesamten Nahen Osten. Wir haben miterlebt, wie sich das wirtschaftliche Kräfteverhältnis verschoben hat und Teile Afrikas und Asiens als neue Motoren des globalen Wachstums hervorgetreten sind. Wir haben am eigenen Leibe erfahren, wie die Häufigkeit gewaltiger Katastrophen zugenommen hat und welche hohen Kosten sie in Bezug auf Menschenleben, Existenzgrundlagen und Entwicklung mit sich gebracht haben. Und wir haben beobachtet, wie eine Reihe globaler Herausforderungen, die eine Bedrohung für das Leben der Menschen in der ganzen Welt und für das dauerhafte Überleben unseres Planeten darstellen, immer stärker zutage tritt.

2. Wir leben in einer Zeit des globalen Übergangs. Künftige Generationen werden diese Zeit wahrscheinlich als einen zentralen Wendepunkt in der Weltgeschichte beschreiben, an dem der Status quo unwiderruflich geschwächt wurde und sich die Konturen einer neuen Welt abzuzeichnen begannen.

3. Über diesen gesamten Zeitraum hinweg waren die Vereinten Nationen bestrebt, die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten in den Mittelpunkt der internationalen Tagesordnung zu stellen. Sie haben Gelder in Milliardenhöhe für neue Investitionen eingeworben, um raschere Fortschritte im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu ermöglichen. Unter der Führung der Vereinten Nationen wurden weltweit Anstrengungen unternommen, um den schlimmsten Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten komplexen Notsituationen durch die Mobilisierung von Ressourcen und die Bereitstellung lebensrettender Hilfe für notleidende Bevölkerungen zu begegnen. Die Vereinten Nationen haben wichtige Maßnahmen zur Umwandlung der politischen Landschaft ergriffen und damit die Ermächtigung der Frauen weltweit gefördert, sie haben institutionelle Veränderungen vorgenommen und sich für grundsatzpolitische Veränderungen zur Bekämpfung der Geschlechtsdiskriminierung in der Politik, am Arbeitsplatz und zu Hause eingesetzt. Wir haben komplexe Friedenssicherungsmandate erfüllt und den Mitgliedstaaten bei zahlreichen schwierigen politischen Übergängen und heiklen Wahlen zur Seite gestanden. Wir haben uns für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit stark gemacht. Wir sind die wesentlichen globalen Herausforderungen an unsere Generation frontal angegangen: Bekämpfung des Klimawandels und Verbesserung der globalen Gesundheit, Überwindung der festgefahrenen Situation in Fragen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie Ingangsetzung von Maßnahmen gegen den Terrorismus. In jedem dieser Bereiche haben wir bedeutsame Vereinbarungen ausgehandelt oder Verpflichtungen auf globale Strategien erreicht sowie Ressourcen und Kapazitäten zur Durchführung international vereinbarter Aktionspläne mobilisiert.

Kapitel II

Ergebnisse für die Bedürftigsten erreichen

4. Die Überwindung von Wirtschaftskrisen, Natur- und vom Menschen verursachten Katastrophen und innerstaatlichen Konflikten stellt große Teile der Weltbevölkerung vor unterschiedliche Schwierigkeiten. Die Mitarbeiter der Vereinten Nationen sind überall auf der Welt unermüdlich tätig, um Hilfeleistungen für die Ärmsten und Schwächsten zu erbringen.

A. Entwicklung

5. In Anbetracht der ungleichmäßigen und ungewissen Erholung der Weltwirtschaft befinden sich viele Länder noch immer in einer schwierigen Lage. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der hohen und stark schwankenden Nahrungsmittel- und Energiepreise werden auf Jahre hinaus spürbar sein. Wir müssen dringend die Schwelle zu einer neuen Ära der nachhaltigen Entwicklung für alle überschreiten. Die für Juni 2012 in Rio de Janeiro anberaumte Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio-plus-20-Konferenz) wird eine historische Chance dafür bieten. Auf dieser Konferenz muss sich die internationale Gemeinschaft auf einen ehrgeizigen und umsetzbaren Rahmen verständigen, der die Millenniums-Entwicklungsziele ergänzt.

1. Die Millenniums-Entwicklungsziele und die anderen international vereinbarten Entwicklungsziele

6. Vier Jahre vor dem vereinbarten Zieljahr 2015 ist die erfolgreiche Erfüllung mehrerer wichtiger Millenniums-Zielvorgaben in greifbare Nähe gerückt. Die globale Armutsquote wird bis 2015 voraussichtlich unter 15 Prozent und damit deutlich unter den Zielwert von 23 Prozent sinken. Mehr als 90 Prozent der Weltbevölkerung werden Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen haben. Bei der Steigerung der Bildungsbeteiligung im Grundschulbereich wurden große Fortschritte gemacht, selbst in den ärmsten Ländern.

7. Die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren ging von weltweit 12,4 Millionen im Jahr 1990 auf 8,1 Millionen im Jahr 2009 zurück, das heißt, dass jeden Tag fast 12.000 Kinder weniger starben. Obwohl viele Länder unter Beweis gestellt haben, dass Fortschritte möglich sind, bedarf es noch stärkerer Anstrengungen zugunsten der Ärmsten und Schwächsten.

8. 2009 war nahezu ein Viertel der Kinder in den Entwicklungsländern untergewichtig. Besondere Aufmerksamkeit gilt nach wie vor der Müttersterblichkeit, insbesondere in Afrika südlich der Sahara und in Südasien. Die Netto-Bildungsbeteiligungsquote der Entwicklungsländer stieg zwischen 2004 und 2009 um nur zwei Prozentpunkte von 87 Prozent auf 89 Prozent, was die Hoffnung auf die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung dämpft. Auch 2009 hatte die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsregionen keinen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen.

9. Allgemein bestehen innerhalb der Länder anhaltende und wachsende Ungleichheiten zwischen Arm und Reich sowie zwischen Land und Stadt. Betroffen sind insbesondere diejenigen, die aufgrund der geografischen Lage, des Geschlechts, des Alters oder eines Konflikts benachteiligt sind.

10. Die größten Fortschritte in Richtung auf die Verwirklichung der Ziele sind unter zwei Voraussetzungen gelungen: erstens, wenn wesentliche Gesundheitsmaßnahmen wie Malariaabwehr, HIV/Aids-Prävention und -behandlung sowie Impfversorgung und -kam-

pagnen eingeleitet wurden, und zweitens, wenn durch eine Aufstockung der Finanzmittel die Programme zur direkten Bereitstellung von Diensten und Instrumenten für die Bedürftigen ausgeweitet wurden. Weitaus geringer sind die Fortschritte bei den Zielen ausgefallen, die einen Strukturwandel und starkes politisches Engagement für die Gewährleistung einer dauerhaften und berechenbaren Finanzierung erfordern. Als Beispiel dafür lassen sich die Entwicklungsmuster anführen, die bei der Verringerung des Hungers und der Müttersterblichkeit und bei der Ausweitung des Zugangs zu Bildung und verbesserter Sanitärversorgung beobachtet wurden.

11. Die öffentliche Entwicklungshilfe erreichte 2010 ein Rekordhoch von 128,7 Milliarden US-Dollar. Dieser Betrag liegt allerdings deutlich unter dem von den Vereinten Nationen für 2015 gesetzten Ziel von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Geberländer für Entwicklungshilfe. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat darauf aufmerksam gemacht, dass die bilaterale Entwicklungshilfe infolge der Verlangsamung der Weltwirtschaft in den nächsten Jahren sinken wird.

12. Der Generalsekretär hat einen integrierten Umsetzungsrahmen eingeführt, der auf einem interaktiven webbasierten Verfolgungssystem beruht und allen an der weltweiten Entwicklungspartnerschaft beteiligten Akteuren zugänglich ist. Dieser Rahmen wird eine Handhabe dafür bieten, die Transparenz zu erhöhen, die Zusagen und Verpflichtungen auf Stimmigkeit und Klarheit zu überprüfen und somit zu einem höheren Maß an Rechenschaft beitragen.

13. Auf der Plenartagung 2010 der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele erkannten die Länder zwar die Herausforderungen an, stimmten jedoch darin überein, dass die Ziele nach wie vor erreichbar sind, und forderten die erweiterte Anwendung erfolgreicher Ansätze sowie intensivere kollektive Maßnahmen. Außerdem bestand Einvernehmen über die Notwendigkeit, den Blick allmählich auf die Zeit nach 2015 zu richten. Innerhalb des Systems der Vereinten Nationen hat der Generalsekretär mit der Erarbeitung von Ideen zum Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 begonnen, die 2012 in konkrete Empfehlungen münden sollen.

14. Derzeit sind wichtige Initiativen zur Bewältigung globaler wie regionaler Herausforderungen bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele im Gange. Um der anhaltenden Gefahr hoher und stark schwankender Nahrungsmittelpreise zu begegnen, hat die vom Generalsekretär eingesetzte Hochrangige Arbeitsgruppe für die weltweite Nahrungsmittelkrise konkrete Maßnahmen sowohl für kurzfristige Notsituationen als auch für die langfristige Förderung einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion und Ernährung empfohlen.

15. Die Bedürfnisse und spezifischen Probleme der am wenigsten entwickelten Länder standen im Mittelpunkt der im Mai 2011 in Istanbul abgehaltenen vierten Konferenz der Vereinten Nationen zu diesem Thema. In dem daraus hervorgegangenen Aktionsprogramm verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, die strukturellen Herausforderungen, mit denen die am wenigsten entwickelten Ländern konfrontiert sind, durch den Aufbau von Produktionskapazitäten und die Verringerung ihrer Anfälligkeit für wirtschaftliche Erschütterungen sowie für Natur- und Umweltkatastrophen anzugehen.

2. Die besonderen Bedürfnisse Afrikas

16. Afrika bildet nach wie vor einen zentralen Arbeitsschwerpunkt für das gesamte System der Vereinten Nationen. Das Wirtschaftswachstum Afrikas hat sich in letzter Zeit stabil entwickelt. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beschleunigte sich von durchschnittlich 2,4 Prozent im Jahr 2009 auf 4,7 Prozent im Jahr 2010. Dahinter verbergen sich jedoch große Wachstumsunterschiede auf dem Kontinent. Der starke Anstieg der Nahrungs-

mittel- und Energiepreise 2011 war besonders verheerend für die Armen. Die absolute Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen in der Region nimmt daher weiterhin zu. In Afrika herrscht nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit; gleichzeitig verschärfen bewaffnete Konflikte die Armut, beeinträchtigen den Schulbesuch und schüren sexuelle und geschlechtspezifische Gewalt.

17. Die Bevölkerung Afrikas, mit 1 Milliarde großteils junger Menschen, wird zunehmend als Herausforderung wie auch als Chance angesehen. 60 Prozent der Afrikaner sind weniger als 25 Jahre alt. Angesichts des wachsenden Jugendüberschusses muss größeres Gewicht darauf gelegt werden, die Chancen der jungen Menschen auf Bildung, berufliche Qualifikation und Arbeitsplätze zu verbessern.

18. In Anbetracht dieser Herausforderungen haben die Entwicklungspolitik und insbesondere die Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Ziele der von der Afrikanischen Union getragenen Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas noch größere Bedeutung erlangt. Auf der 2010 abgehaltenen Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele wurde die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Hilfeversprechen gegenüber Afrika einzuhalten. Auch wenn die Nettozahlungen an öffentlicher Entwicklungshilfe für Afrika von 29,5 Milliarden Dollar im Jahr 2004 auf schätzungsweise 46 Milliarden Dollar im Jahr 2010 stiegen, lagen sie noch immer 18 Milliarden Dollar unter dem Betrag, den die Geber auf dem Gipfeltreffen der Gruppe der Acht in Gleneagles (Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland) zugesagt hatten.

19. Das System der Vereinten Nationen verbessert weiterhin seine operative Unterstützung für die Entwicklungsanstrengungen der afrikanischen Länder. Es fördert die Umsetzung der Erklärung über die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union: Rahmen für das Zehnjahresprogramm zum Kapazitätsaufbau für die Afrikanische Union. In Partnerschaft mit mehreren afrikanischen Regierungen führt es Projekte durch, die die Entwicklungsfinanzierung auf Gebieten wie der nachhaltigen Waldbewirtschaftung ankurbeln, und fördert und stärkt die Mitwirkung der Bürger an der Regierungsführung und der öffentlichen Verwaltung.

20. Eine Reihe afrikanischer Länder sieht sich gewaltigen Herausforderungen auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit gegenüber. Der Generalsekretär hat diesen Problemen in enger Absprache und Abstimmung mit der Afrikanischen Union und den afrikanischen Regionalorganisationen ein erhebliches Maß an Zeit und Mühe gewidmet.

B. Frieden und Sicherheit

21. Im vergangenen Jahr hatten die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft mit Instabilität in Afrika südlich der Sahara, Nordafrika und dem Nahen Osten sowie darüber hinaus zu kämpfen. Das derzeitige Umfeld verdeutlicht die Notwendigkeit einer flexiblen Weltorganisation, die über Instrumente der vorbeugenden Diplomatie, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung verfügt, um gewaltsame Konflikte zu verhüten und beilegen zu können.

1. Vorbeugende Diplomatie und Unterstützung von Friedensprozessen

22. Die Vereinten Nationen sind bestrebt, potenzielle Konflikte zu antizipieren und durch vorbeugende Diplomatie und Vermittlungsbemühungen zu ihrer Beilegung beizutragen.

23. 2011 legten die Vereinten Nationen einen besonderen Schwerpunkt auf die Verhütung von Gewalt im Zusammenhang mit Wahlen. Zu diesem Zweck unterstützten sie Mitgliedstaaten wie Côte d'Ivoire, Guinea, Haiti, Kirgisistan, die Komoren, Niger, die Verei-

nigte Republik Tansania und die Zentralafrikanische Republik durch Gute Dienste, strategischen Rat und technische Hilfe bei der Durchführung glaubhafter und transparenter Wahlprozesse. Weltweit leisteten die Vereinten Nationen für etwa 50 Länder Wahlhilfe und legten dabei konsequent Nachdruck auf Unparteilichkeit, Nachhaltigkeit und Kostenwirksamkeit der Wahlprozesse.

24. Die Vereinten Nationen leisteten einen wichtigen Beitrag zur friedlichen und erfolgreichen Abhaltung des Referendums über die Unabhängigkeit Südsudans im Januar 2011. In enger Zusammenarbeit mit der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union für Sudan sorgten die Vereinten Nationen dafür, dass die internationale Gemeinschaft einen gemeinsamen Ansatz verfolgte, gewährten umfangreiche technische und logistische Hilfe für den Referendumsprozess und trugen zur Erleichterung der Verhandlungen über die Regelungen für die Zeit nach dem Referendum bei. Der Generalsekretär entsandte eine Gruppe für die Referenden in Sudan mit dem Auftrag, die Fortschritte zu überwachen und auf hoher Ebene Gute Dienste zu leisten. Diese koordinierten Anstrengungen mündeten in die Unabhängigkeit Südsudans am 9. Juli und die Aufnahme des Landes in die Vereinten Nationen am 14. Juli. Es bestehen jedoch nach wie vor große Herausforderungen, die das weitere Engagement des Systems der Vereinten Nationen erfordern.

25. In Reaktion auf die Volksaufstände im Nahen Osten und in Nordafrika haben die Vereinten Nationen allen Parteien nahegelegt, das einschlägige Völkerrecht einzuhalten, insbesondere die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Sie haben hervorgehoben, wie überaus wichtig es ist, die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten zu beseitigen, und sie haben angemessene Unterstützung zur Erleichterung eines friedlichen politischen Übergangs angeboten. Der Generalsekretär ernannte einen Sondergesandten für die Libysch-Arabische Dschamahirija mit dem Auftrag, mit den Parteien vor Ort einen Dialog zu führen, um die Gewalt zu beenden, die humanitären Folgen der Krise zu bewältigen und eine politische Lösung zu finden. Die laufende Krisenplanung dient der Unterstützung eines politischen Prozesses, der sich im Zuge der Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien möglicherweise herausbilden wird. Darüber hinaus entsandte der Generalsekretär mehrere Missionen der Vereinten Nationen nach Jemen mit dem Auftrag, einen Dialog mit allen beteiligten Gruppen zu führen und zu einer friedlichen Lösung der Situation beizutragen.

26. Die erfolgreiche Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung in Côte d'Ivoire hat den Ton für zahlreiche bevorstehende Wahlen in Afrika angegeben. Die Vereinten Nationen bemühten sich darum, ein Wiederaufleben von Konflikten zu verhindern, so auch mittels der Tätigkeit der integrierten Friedenskonsolidierungsmissionen in Burundi, Guinea-Bissau, Sierra Leone und der Zentralafrikanischen Republik. In Kenia gewährten die Vereinten Nationen weiter Unterstützung für den Prozess der Verfassungsrevision, der zur Annahme einer neuen Verfassung mit verstärkten Kontrollmechanismen führte.

27. In Somalia arbeiteten die Vereinten Nationen eng mit den Übergangs-Bundesinstitutionen zusammen, um die Durchführung der Aufgaben für die Übergangsperiode, namentlich die Verfassungsgebung, voranzubringen. Ferner ermutigte der Generalsekretär die internationale Gemeinschaft, die Seeräuberei vor der Küste Somalias durch Abschreckung, die Gewährleistung von Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung zu bekämpfen.

28. Die Vereinten Nationen waren Guinea und Niger mit Erfolg dabei behilflich, nach verfassungswidrigen Regierungswechseln zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zurückzukehren. In Kirgisistan trugen die Vereinten Nationen zur Annahme einer neuen Verfassung, zur Schaffung eines glaubhaften Wahlprozesses und zur Neukonstituierung einer rechtmäßigen Regierung bei.

29. Im Nahen Osten sondierten die Vereinten Nationen konkrete Möglichkeiten, um die Wiederaufnahme der festgefahrenen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern, die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung in Gaza zu verbessern und dabei gleichzeitig den legitimen Sicherheitsanliegen Israels Rechnung zu tragen sowie die vollständige Durchführung der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrats zu erreichen. Dank einiger begrüßenswerter Maßnahmen Israels zur Erleichterung des Zugangs nach Gaza konnten die Vereinten Nationen eine Reihe von Projekten zum Wiederaufbau und zur wirtschaftlichen Erholung in die Wege leiten. Nach einer bewaffneten Auseinandersetzung an der Blauen Linie zwischen der israelischen und der libanesischen Armee waren die Vereinten Nationen beim Abbau der Spannungen behilflich. Im Anschluss an den Zwischenfall um den Schiffskonvoi vom 31. Mai 2010 setzte der Generalsekretär in enger Absprache mit Israel und der Türkei einen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, Empfehlungen zur Vermeidung künftiger derartiger Vorfälle abzugeben.

30. In Irak setzte sich die Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak für die nationale Aussöhnung und allseits annehmbare Lösungen zur Frage des Status von Kirkuk und anderer umstrittener Gebiete ein. Die Mission moderierte Gespräche mit wichtigen Interessenträgern, insbesondere über die Rückerstattung von Eigentum, die Rechte von Minderheiten, Inhaftierte sowie Sprach- und Bildungsrechte, und trug im Dialog mit Irak und Kuwait zur Lösung der noch offenen Fragen zwischen den beiden Ländern bei.

31. In Nepal setzten die Vereinten Nationen nach dem Abzug der Mission der Vereinten Nationen in Nepal die Unterstützung für den Friedensprozess fort. In Sri Lanka setzte der Generalsekretär einen Sachverständigenbeirat ein, dessen am 12. April vorgelegter Bericht den Vereinten Nationen und Sri Lanka als Hilfestellung für ein sinnvolles Herangehen an die Frage der Rechenschaftslegung dienen sollte, die einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu nationaler Aussöhnung und dauerhaftem Frieden darstellt.

32. In Myanmar hielt der Generalsekretär aktiv Kontakt mit allen Akteuren, um die nationale Aussöhnung, einen demokratischen Übergang und die Achtung der Menschenrechte zu fördern. Die Zusage der neuen Regierung, mit den Vereinten Nationen enger zusammenzuarbeiten, könnte die Grundlage für ein wirksameres Engagement bilden. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um eine echte politische Wende in dem Land einzuläuten.

33. Anderenorts unterstützten die Vereinten Nationen Bemühungen um die friedliche Beilegung von Grenzstreitigkeiten, insbesondere zwischen Äquatorialguinea und Gabun.

34. In der Westsahara-Frage hielten die Vereinten Nationen eine Reihe erfolgreicher informeller Gesprächsrunden ab, in denen sich die Parteien auf neue Ansätze im Verhandlungsprozess und mehrere vertrauensbildende Maßnahmen einigen konnten.

35. In Zypern erleichterten die Vereinten Nationen in dem Bestreben, einer umfassenden Regelung näher zu kommen, auch weiterhin vollwertige Verhandlungen zwischen den Führern der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe.

36. In Zentralamerika hat die Gewalt im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität drastisch zugenommen. Die positiven Erfahrungen mit der von den Vereinten Nationen geförderten Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala haben internationales Interesse geweckt, und die Vereinten Nationen haben neue Hilfeersuchen von El Salvador und Honduras erhalten.

2. Friedenssicherung

37. Nachdem die Zahl der uniformierten Einsatzkräfte im März 2010 einen historischen Höchststand erreichte, ist die Friedenssicherung der Vereinten Nationen in Bezug auf den Umfang der Einsätze in eine Konsolidierungsphase eingetreten. Im Juni 2011 waren mehr

als 120.000 Uniformierte und Zivilbedienstete in 14 Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen auf vier Kontinenten tätig.

38. In Timor-Leste schloss die Integrierte Mission der Vereinten Nationen in Timor-Leste im März 2011 die Übergabe ihrer polizeilichen Aufgaben an die nationalen Behörden ab. In Liberia konsolidierte die Mission der Vereinten Nationen in Liberia die Fortschritte bei der Planung mit der Regierung hinsichtlich der späteren Übergabe ihrer Sicherheitsaufgaben an nationale Einrichtungen und unterstützte die Vorbereitungen für die Wahlen im Oktober 2011. Nachdem Südsudan am 9. Juli seine Unabhängigkeit erlangte, wurde ausschließlich für dieses Land ein neuer Friedenssicherungseinsatz, die Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan, eingerichtet.

39. Für sieben Friedenssicherungseinsätze besteht die Kernaufgabe nach wie vor darin, zum Schutz von Zivilpersonen beizutragen. Insbesondere in Darfur, der Demokratischen Republik Kongo, Côte d'Ivoire und Südsudan stellt der Schutz von Zivilpersonen eine ernste Herausforderung dar.

40. In Côte d'Ivoire, Haiti und Sudan leisteten die Friedenssicherungskräfte einen Beitrag zum politischen Übergang, indem sie die nationalen Behörden bei der Abhaltung von Wahlen und Referenden technisch und logistisch unterstützten. Sie trugen außerdem dazu bei, die für die Abhaltung freier und fairer Wahlen erforderlichen politischen und Sicherheitsbedingungen zu gewährleisten. Das Referendum über die Selbstbestimmung Südsudans im Januar 2010, das ein Votum für die Unabhängigkeit ergab, setzte den Schlusspunkt unter den längsten Bürgerkrieg in Afrika. Der Norden und der Süden müssen weiterhin zusammenarbeiten, um alle noch offenen Fragen friedlich zu lösen. Die Instabilität nach den Wahlen in Afghanistan, Côte d'Ivoire und Haiti hat uns zudem deutlich vor Augen geführt, wie fragil die nach einem Konflikt erzielten Fortschritte im Friedensprozess sind.

41. Die akute politische und militärische Krise im Anschluss an die am 28. November 2010 abgehaltene Runde der Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire setzte die Fähigkeit der Vereinten Nationen, Zivilpersonen zu schützen und eine Operation im Belagerungszustand aufrechtzuerhalten, einer Bewährungsprobe aus. Auch die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, ihren gemeinsamen Kurs beizubehalten und die wichtigsten mandatsmäßigen Aufgaben durchzuführen, insbesondere was die Wahlen betrifft, wurde dabei auf den Prüfstand gestellt. Der Generalsekretär arbeitete eng mit der Afrikanischen Union, der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten und den politischen Führern der Welt zusammen, um eine friedliche, dem demokratisch bekundeten Willen des ivoirischen Volkes entsprechende Lösung der Krise nach den Wahlen zu finden. Unterdessen setzte die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire entsprechend dem Mandat des Sicherheitsrats alle erforderlichen Mittel zur Selbstverteidigung und zur Verteidigung ihres Auftrags zum Schutz von Zivilpersonen ein, insbesondere indem sie den Einsatz schwerer Waffen gegen die Zivilbevölkerung verhinderte.

42. Im Rahmen ihrer Friedenssicherungstätigkeit leisteten die Vereinten Nationen mehreren Postkonfliktländern durchgehende Unterstützung für Rechtsstaats- und Sicherheitsinstitutionen. In diesem Zusammenhang stärkten die Vereinten Nationen ihre Ständige Polizeikapazität.

43. Im Laufe des vergangenen Jahres sind die Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung notwendiger Grundsätze der Friedenssicherungspolitik und bei der Durchführung von Reformen erheblich vorangekommen. Zu den diesbezüglich unternommenen Initiativen zählen die Ausarbeitung einer Strategie für die Frühphase der Friedenskonsolidierung, die als Richtschnur für die Priorisierung und Abfolge der von den Friedenssicherungskräften aufgrund eines Mandats des Sicherheitsrats in Postkonfliktsituationen wahrgenommenen Aufgaben dienen soll, sowie umfassende Anstrengungen zur Entwicklung von Mindeststan-

dards für die Einsatzfähigkeit, zur Stärkung der Prozesse der Ressourcenerzeugung und zur Förderung der Ausbildung. Fortschritte wurden auch bei der Umsetzung der auf fünf Jahre angelegten Globalen Strategie zur Unterstützung der Feldeinsätze erzielt. In Entebbe (Uganda) wurde ein Regionales Dienstleistungszentrum mit vier voll einsatzfähigen Unterstützungsfunktionen eingerichtet. Darüber hinaus legte der Generalsekretär der Generalversammlung ein neues, standardisiertes Finanzierungsmodell für das erste Jahr von Friedenssicherungseinsätzen vor.

44. Bei acht Missionen erstellte das Sekretariat in Partnerschaft mit den Organisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen Integrierte strategische Rahmen, die systemweite Prioritäten für das Engagement der Vereinten Nationen in Friedens- und Sicherheitsfragen und in humanitären Fragen vorgeben.

45. Die Generalversammlung billigte neue, harmonisierte Beschäftigungsbedingungen für internationale Bedienstete in Feldmissionen, die es den Feldmissionen ermöglichen sollen, qualifizierte Mitarbeiter anzuwerben und zu binden.

3. Friedenskonsolidierung

46. Die Kommission für Friedenskonsolidierung war dabei behilflich, die maßgeblichen Akteure auf die Unterstützung der auf nationaler Ebene festgelegten Prioritäten auszurichten, mobilisierte Ressourcen zugunsten dieser Prioritäten und half den nationalen Akteuren dabei, sich konsequent dem Aufbau der Institutionen und Kapazitäten zu widmen, auf die es entscheidend ankommt, um einem Rückfall in den Konflikt zu widerstehen. Gegenwärtig stehen sechs Länder auf der Tagesordnung der Kommission: Burundi, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Sierra Leone und die Zentralafrikanische Republik. Guinea und Liberia kamen innerhalb der vergangenen neun Monate hinzu.

47. Zur Unterstützung der Friedenskonsolidierungsbemühungen wurde im Februar 2011 außerdem der unabhängige Bericht der Hochrangigen Beratungsgruppe für zivile Kapazitäten in Postkonfliktsituationen herausgegeben. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen zur Steigerung der Effizienz und Wirksamkeit der Vereinten Nationen bei der Bereitstellung ziviler Kapazitäten für Postkonfliktländer. Im Anschluss an eine interne Überprüfung und Konsultationen mit den Mitgliedstaaten und anderen Interessenträgern wird der Generalsekretär bemüht sein, diejenigen Empfehlungen umzusetzen, die am ehesten geeignet sind, zum Erfolg der Arbeit der Vereinten Nationen vor Ort beizutragen.

48. Auch der Friedenskonsolidierungsfonds, der eine katalytische Finanzierung für die Friedenskonsolidierung bereitstellt, setzte seinen Wachstumstrend 2010 fort und nahm neue Länder auf, verbesserte seine Partnerschaften mit Interessenträgern und arbeitete enger mit der Kommission für Friedenskonsolidierung zusammen. Nach 52 Millionen Dollar im Jahr 2009 wurden 2010 insgesamt 76 Millionen Dollar für 12 Länder bereitgestellt, darunter 4 Länder, die erstmals für unterstützungsfähig erklärt wurden. Der Friedenskonsolidierungsfonds hat sich das Ziel gesetzt, zwischen 2011 und 2013 jährlich 100 Millionen Dollar aufzubringen, zuzuweisen und auszugeben.

C. Humanitäre Angelegenheiten

49. Im Zeitraum 2010/11 wurden höchste Anforderungen an das humanitäre System der Vereinten Nationen gestellt, das Hilfeleistungen für viele Millionen von Menschen in 30 Ländern erbrachte. Dürren, Überschwemmungen und drastisch steigende Brennstoffpreise trugen zu einem rasanten Anstieg der internationalen Nahrungsmittelpreise bei, von dem Millionen armer und bedürftiger Menschen weltweit betroffen waren.

50. Die Vereinten Nationen waren aufgerufen, die Behörden einiger Staaten bei der Bewältigung einer Vielzahl von Naturkatastrophen und komplexen Notsituationen zu unterstützen, oftmals in einem widrigen operativen Umfeld und mit beschränkten personellen und finanziellen Mitteln. In Pakistan waren bis zu 20 Millionen Menschen – nahezu 10 Prozent der Bevölkerung – von anhaltenden Monsunregenfällen betroffen. Die Menschen in Haiti erlebten nach dem verheerenden Erdbeben vom Januar 2010 eine Reihe weiterer Rückschläge, darunter tropische Stürme, einen Cholera-Ausbruch und politische Unruhen. In Côte d'Ivoire veranlassten bewaffnete Konflikte und Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen bis zu 200.000 Menschen, über die Grenzen zu fliehen; allein in Abidjan wurden eine halbe Million Menschen vertrieben. In Sudan flohen Zehntausende von Menschen vor der Gewalt im Vorfeld der Unabhängigkeit Südsudans. Am Horn von Afrika litten 2011 mehr als 8 Millionen Menschen aufgrund der schwersten Dürre seit einem Jahrzehnt unter Ernährungsunsicherheit.
51. Die Krisen in Jemen und in der Libysch-Arabischen Dschamahirija forderten zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung und ließen viele Menschen zu Binnenvertriebenen und Flüchtlingen werden. Mehr als 630.000 Menschen flohen vor den Kämpfen in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, darunter 280.000 Angehörige von Drittstaaten. Die Rückkehr dieser Menschen in ihr Heimatland stellte eine zusätzliche Belastung für die ohnehin schon geschwächten Gemeinden in Niger, Tschad und anderswo dar. Japan sah sich gleichzeitig einer Natur- und Atomkatastrophe gegenüber, die selbst ein so gut auf Notfälle vorbereitetes Land vor beträchtliche Herausforderungen stellte.
52. Für die Vereinten Nationen ergaben sich aus diesen Krisen klare Erkenntnisse im Hinblick darauf, wie die Vorbereitung und Reaktion des internationalen humanitären Systems auf humanitäre Notsituationen verbessert werden kann. Unter der Leitung der Nothilfekoorordinatorin begannen die Leiter der Mitgliedorganisationen des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses, einschließlich der nichtstaatlichen Partner, mit der Entwicklung einer neuen Strategie, die darauf ausgerichtet ist, die Führung und Koordinierung der humanitären Maßnahmen zu verbessern und sicherzustellen, dass ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Bewältigung größerer Notsituationen eingesetzt werden, insbesondere im entscheidenden Frühstadium, sowie die Rechenschaftslegung sowohl gegenüber den Mitgliedstaaten als auch gegenüber den Betroffenen zu verbessern.
53. Der Zentrale Fonds für die Reaktion auf Notsituationen, ein innovatives globales Instrument mit niedrigen Transaktionskosten, das auf rasche und ausgewogene Weise Finanzmittel bereitstellen soll, erhielt mehr Unterstützung durch die Geber. Die Fondsmittel stiegen von 409 Millionen Dollar im Jahr 2009 auf 428 Millionen Dollar im Jahr 2010. Im Mai 2011 überschritt das Gesamtauszahlungsvolumen des Fonds 2 Milliarden Dollar. Zwölf Mitgliedstaaten leisteten erstmals Geberbeiträge, und 19 Mitgliedstaaten erhöhten ihre Beiträge beträchtlich.
54. Die von den Vereinten Nationen im Rahmen des Prozesses der konsolidierten Hilfsappelle verwalteten Spenden betragen insgesamt 7 Milliarden Dollar, ungefähr so viel wie 2009. Der prozentuale Anteil dieses Betrags an den zur Deckung der Bedürfnisse beantragten Gesamtmitteln fiel jedoch von 73 auf 63 Prozent.
55. Die Vereinten Nationen verbessern derzeit auf der Grundlage einer rigoroseren Bedarfsermittlung die gemeinsamen Planungsmaßnahmen, überwachen dank besseren Technologieeinsatzes in Echtzeit die erzielten Fortschritte, stärken die Führungsstrukturen und verbessern die Rechenschaftspflicht.
56. Sicherheitsprobleme beeinträchtigten weiterhin die Fähigkeit der humanitären Akteure, grundlegende Dienste für betroffene Bevölkerungsgruppen bereitzustellen. In der kürzlich vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in Auftrag gegebenen

Studie *To Stay and Deliver* (Bleiben und Hilfe leisten) werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, weder Rechtsvorschriften zu erlassen noch eine Politik zu verfolgen, die das humanitäre Engagement mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen untergraben könnten.

57. Die Organisation wird in Zukunft verstärkt wirksame Strategien fördern, die das Katastrophenrisiko verringern und die Anfälligkeit von Gemeinwesen und Staaten für Naturgefahren begrenzen sollen.

D. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung sowie Demokratie und gute Regierungsführung

58. Was die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und gute Regierungsführung angeht, liegt ein einschneidendes Jahr hinter uns, nicht nur vor Ort mit dem „arabischen Frühling“ von 2011, sondern auch in Anbetracht der intensiven Debatten, die am Amtssitz geführt wurden.

1. Menschenrechte

59. Der Generalsekretär und die Hohe Kommissarin für Menschenrechte haben sich mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die internationalen Menschenrechtsnormen in allen Situationen angewandt werden, haben mit rasch entsandten Bewertungsmissionen auf vor Ort entstehenden Bedarf reagiert und die Tätigkeiten des Menschenrechtsrats und der anderen Menschenrechtsmechanismen im Umgang mit dringenden Situationen unterstützt.

60. Im vergangenen Jahr gab es zwei Prüfungen des Menschenrechtsrats, eine durch den Rat selbst sowie eine durch die Generalversammlung. Der Abschluss des ersten Zyklus der allgemeinen regelmäßigen Überprüfung Ende 2011 wird als bedeutender Erfolg des Rates gewertet. Die wahre Bestandsprobe für dieses innovative Verfahren kommt jedoch mit dem zweiten Zyklus ab Mitte 2012, wenn die Mitgliedstaaten über die Fortschritte bei der Umsetzung der aus dem ersten Zyklus hervorgegangenen Empfehlungen Bericht erstatten sollen.

61. Darüber hinaus erweiterte der Menschenrechtsrat sein Tätigkeitsfeld um zwei neue thematische Mandate – betreffend das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung und betreffend die Diskriminierung von Frauen vor dem Gesetz und in der Praxis – sowie um ein neues Ländermandat betreffend die Islamische Republik Iran.

62. Die Artikulierung der globalen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte im Ergebnisdokument der Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Millenniums-Entwicklungsziele war ein grundlegender Erfolg. Im Hinblick auf die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte wurden durch die Stärkung der Menschenrechtskomponenten in den Friedens- und politischen Missionen ebenfalls wichtige Meilensteine auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit erreicht. Während der politischen Krise nach den Präsidentschaftswahlen in Côte d’Ivoire unterstrichen die Vereinten Nationen durch ihren standhaften und prinzipienfesten Einsatz in Wort und Tat, wie grundlegend wichtig es ist, die Zivilbevölkerung zu schützen, dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen und diejenigen, die schwere Verstöße begehen, zur Rechenschaft zu ziehen.

2. Rechtsstaatlichkeit

63. Im Nahen Osten und in Nordafrika üben Forderungen nach verstärkter Rechenschaftspflicht, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit einen beispiellosen Reformdruck auf

die Regierungen aus. Die Vereinten Nationen stehen bereit, der wachsenden Nachfrage nach ihrem Sachverstand auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen.

64. Während des vergangenen Jahres wurden die rechtsstaatsfördernden Maßnahmen der Vereinten Nationen durch eine größere Schwerpunktlegung auf die interinstitutionelle Zusammenarbeit verstärkt; dies führte zu gemeinsamen Programmen in der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Timor-Leste und anderen Ländern. Die Vereinten Nationen unterstützen über ein breites Spektrum von Mechanismen, namentlich den Internationalen Strafgerichtshof, internationale Untersuchungskommissionen des Menschenrechtsrats und die internationalen Ad-hoc- und hybriden Gerichtshöfe, die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für internationale Verbrechen und die Prozesse der Unrechtsaufarbeitung.

65. Nach dem Erfolg der neunten Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts haben die Bemühungen um dessen Universalität positive Ergebnisse erbracht. Im Anschluss an den Besuch des Generalsekretärs wurde Tunesien als erstes nordafrikanisches Land und viertes Mitglied der Liga der arabischen Staaten Vertragspartei des Römischen Statuts. Ägypten hat ebenfalls seine Absicht erklärt, das Römische Statut zu ratifizieren und dem Internationalen Strafgerichtshof beizutreten.

66. Die Generalversammlung erteilte das Mandat für eine Veranstaltung auf hoher Ebene über die Rechtsstaatlichkeit, die am Anfang der siebenundsechzigsten Tagung der Versammlung stehen soll. Die Veranstaltung soll zu größerem Engagement für die internationale Koordinierung ermutigen und so die Wirkung der Aktivitäten auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit verstärken.

3. Verhütung von Völkermord und die Schutzverantwortung

67. Der Schutz von Menschen war für den Generalsekretär, die Generalversammlung, den Sicherheitsrat und den Menschenrechtsrat von höchster Priorität.

68. Die Sonderberater für die Verhütung von Völkermord und für Schutzverantwortung unterstützen die Generalversammlung bei ihrer weiteren Behandlung dieses Themenbereichs. Sie führen gemeinsam Lagebeurteilungen zu bestimmten Ländern durch, geben Erklärungen heraus und unterbreiten dem Generalsekretär und dem System der Vereinten Nationen Empfehlungen.

69. Das gemeinsame Büro hat seine Aktivitäten zum Aufbau von Kapazitäten bei Regierungsbeamten, regionalen und subregionalen Organisationen, der Zivilgesellschaft und den Bediensteten der Vereinten Nationen beschleunigt. Auch Parlamentarier, die Medien, Pädagogen und Gruppen aus der Öffentlichkeit ersuchen häufiger um Informationen und Stellungnahmen zu den jeweiligen Mandaten der Sonderberater.

4. Demokratie und gute Regierungsführung

70. Die friedlichen Demonstrationen, die die Ablösung der langjährigen Staatsführer Ägyptens und Tunesiens erzwangen, bewirkten auch in anderen Ländern einen Druck zu demokratischen Reformen. Von Anfang an drängte der Generalsekretär aktiv auf die Achtung der Menschenrechte in Nordafrika und im Nahen Osten und forderte die Gewährung von Versammlungs-, Rede- und Informationsfreiheit. Er rief zur sofortigen Beendigung des Einsatzes von Gewalt gegen Demonstranten auf und legte den Führern in der Region eindringlich nahe, den rechtmäßigen Bestrebungen der Menschen mittels Dialog und Reformen Rechnung zu tragen.

71. Der Demokratiefonds der Vereinten Nationen, über den lokale nichtstaatliche Organisationen weltweit Unterstützung erhalten, vergab im Rahmen seiner vierten Finanzierungsrunde knapp 15 Millionen Dollar an 64 Projekte. 2010 gingen bei dem Fonds mehr

als doppelt so viele Projektvorschläge wie in früheren Jahren ein, ein Ausdruck der beispiellosen Zunahme der Forderungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen nach Demokratie. Diese Forderungen dürften aufgrund der Entwicklungen in der arabischen Welt und anderenorts weiter zunehmen.

Kapitel III

Sicherung der globalen Güter

72. Die gegenwärtigen globalen Herausforderungen sind komplex und weitreichend und verstärken einander. Die Mitgliedstaaten setzen bei der Sicherung der globalen Güter auf die Hilfe der Vereinten Nationen, indem sie gegen Probleme wie den Klimawandel, Krankheiten, den Terrorismus und die Verbreitung konventioneller und nichtkonventioneller Waffen angehen.

A. Klimawandel

73. Die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel ist von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Weltfriedens und des globalen Wohlstands. Um dieser Herausforderung zu begegnen, bedarf es einer dauerhaften globalen Zusammenarbeit, verbunden mit rascheren einzelstaatlichen Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel. Jedes Jahr, das wir tatenlos verstreichen lassen, kostet Menschenleben, Geld und die Chance, eine sicherere und „grünere“ Zukunft für alle zu schaffen.

74. 2010 brachte an verschiedenen Fronten Fortschritte, nicht zuletzt eine Zunahme der Transparenz und des Vertrauens im multilateralen Verhandlungsprozess.

75. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Cancún (Mexiko) wurden Fortschritte erzielt. Die Regierungen einigten sich dort darauf, einen „grünen Klimafonds“ einzurichten, ihre Zusagen zur Abschwächung des Klimawandels zu formalisieren, konkrete Präventivmaßnahmen gegen die Entwaldung zu ergreifen, die nahezu ein Fünftel des weltweiten Kohlendioxid-Ausstoßes verursacht, die technologische Zusammenarbeit zu verstärken und die Anpassungsfähigkeit gefährdeter Bevölkerungsgruppen gegenüber Klimawirkungen zu erhöhen.

76. Außerdem wurden Schritte unternommen, um die Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 30 Milliarden Dollar für die Anschubfinanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung gefährdeter Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern und die entsprechende Berichterstattung zu verbessern. Die Hochrangige Beratergruppe des Generalsekretärs zur Frage der Finanzierung des Klimawandels kam zu dem Schluss, dass es schwierig, aber nicht unmöglich sei, bis 2020 das Ziel zu erreichen, jährlich 100 Milliarden Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen in den entwickelten Ländern aufzubringen, um die in den Entwicklungsländern durchgeführten Maßnahmen zur Abschwächung und Anpassung zu unterstützen.

77. Cancún hat der internationalen Gemeinschaft ein wichtiges Instrumentarium an die Hand gegeben. Nun muss sie dieses in der Praxis anwenden und die Durchführung der aus wissenschaftlicher Sicht dringend gebotenen Maßnahmen forcieren. 2010 verursachten den Klimaänderungsprognosen entsprechende extreme Wetterereignisse, darunter großflächige Überschwemmungen, Hitzewellen, Brände und schwere Regenfälle, massives Leid für Millionen von Menschen in Pakistan, der Russischen Föderation und Nordwestchina.

78. Noch nie war es so klar, dass möglichst genaue, objektive und transparente wissenschaftliche Analysen als Grundlagen für die Politikgestaltung erforderlich sind. Zu diesem Zweck leiteten der Generalsekretär und der Vorsitzende der Zwischenstaatlichen Sachverständigenengruppe über Klimaänderungen im August 2010 eine unabhängige Überprüfung der Prozesse und der Managementstruktur der Organisation ein und forderten die Mitgliedstaaten auf, den daraus hervorgehenden Schlussfolgerungen gemäß zu handeln.

79. Der Generalsekretär setzte außerdem eine Hochrangige Gruppe für globale Nachhaltigkeit ein, die den Auftrag hat, einen konkreten Fahrplan für eine nachhaltige, klimaverträgliche Entwicklung vorzulegen, der die Bereiche Armutsbeseitigung, Energie, Ernährung, Wasser und andere wichtige Fragen behandelt. Die Empfehlungen der Gruppe werden Anfang 2012 erscheinen und einen wichtigen Beitrag zur Rio-plus-20-Konferenz leisten.

B. Globale Gesundheit

80. Mit nur noch fünf Jahren Zeit, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, leitete der Generalsekretär im September 2010 die Globale Strategie für die Gesundheit von Frauen und Kindern ein. Die Strategie, mit der der Gesundheit von Frauen und Kindern erstmals ein so hohes Maß an Engagement zuteil wird, bringt führende Vertreter aus Regierungen, multilateralen Institutionen, einschließlich der Vereinten Nationen, der Zivilgesellschaft, privaten Stiftungen, der Wirtschaft und akademischen Kreisen zusammen. Zur Umsetzung der Strategie wurden neue politische Verpflichtungen eingegangen sowie neue Leistungen und Mittel in Höhe von 40 Milliarden Dollar zugesagt. Alle 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bekräftigten ihre Unterstützung für die Strategie und die Schaffung eines Rahmens für die Rechenschaftslegung, um sicherzustellen, dass Ressourcen bereitgestellt und Ergebnisse erzielt werden.

81. Die globalen Maßnahmen gegen HIV/Aids haben Wirkung gezeigt, und die Infektionsrate geht zurück. Dennoch kommen auf drei Personen, die eine Behandlung beginnen, fünf Personen, die sich neu infizieren. Die im Juni 2011 abgehaltene Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über HIV/Aids mündete in eine ehrgeizige Erklärung mit konkreten Zielvorgaben, darunter die Beseitigung der vertikalen HIV-Übertragung, im Hinblick auf die Herbeiführung des allgemeinen Zugangs zu HIV-Prävention, -Behandlung, -Betreuung und -Unterstützung bis zum Jahr 2015.

82. Tuberkulose ist die häufigste Todesursache für Menschen mit HIV, und obwohl gemeinsame Maßnahmen gegen Tuberkulose/HIV vorankommen, bleiben die meisten Fälle von multiresistenter Tuberkulose unbehandelt.

83. Die Malariahäufigkeit ist seit 2000 erheblich gesunken. Mehr Ressourcen und die drastische Ausweitung der Bekämpfungsmaßnahmen haben im Zeitraum von 2008 bis 2010 in 43 Ländern zu einem Rückgang der Malaria-Erkrankungen und -Sterbefälle um 50 Prozent beigetragen. In Afrika südlich der Sahara wurden genügend imprägnierte Moskitonetze verteilt, um 76 Prozent der gefährdeten Menschen zu schützen.

84. Die Weltweite Initiative zur Ausrottung der Kinderlähmung erzielte Rekordfortschritte. In Indien und Nigeria sank die Zahl der Fälle gegenüber 2009 um 95 Prozent. Um diese Dynamik voll zu nutzen und die Kinderlähmung in den beiden kommenden Jahren auszurotten, wird dringend zusätzliche finanzielle und politische Unterstützung benötigt.

85. Auch bei der Senkung der Masernsterblichkeit wurden bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Zwischen 2000 und 2008 ging die Zahl der Sterbefälle um 78 Prozent zurück; dies allein macht ein Viertel des Rückgangs der durch alle Ursachen bedingten Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren aus.

86. Die aktuelle und prognostizierte Belastung durch nicht übertragbare Krankheiten und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung veranlassten die internationale Gemeinschaft zu der Forderung, 2011 eine Tagung der Generalversammlung auf hoher Ebene über die Verhütung und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten abzuhalten. Jährlich sterben 36 Millionen Menschen an diesen Krankheiten; 25 Prozent dieser Menschen sind jünger als 60 Jahre, und die meisten leben in Entwicklungsländern.

87. Für die Zukunft besteht die größte Herausforderung darin, den sozialen Schutz und eine gerechte Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, damit alle Menschen eine bessere Gesundheit genießen können. Ein wichtiges Element dieser Agenda wird die erneute Schwerpunktlegung auf die Bewältigung des Problems der Sanitärversorgung sein. Der Zugang zu sanitären Einrichtungen führt nicht nur zu besserer Gesundheit, sondern hat auch Multiplikatorwirkungen auf das Wohlergehen und die wirtschaftliche Produktivität. Lösungen sind vorhanden – sie müssen nur umgesetzt werden.

C. Bekämpfung des Terrorismus

88. Der Terrorismus stellt nach wie vor eine erhebliche Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit dar. Der wichtigste Mechanismus des Generalsekretärs für die Reaktion auf diese Bedrohung, der aus 31 Einrichtungen innerhalb und außerhalb des Systems der Vereinten Nationen bestehende Arbeitsstab Terrorismusbekämpfung, trieb die Umsetzung der Weltweiten Strategie der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus voran. Der Arbeitsstab bemühte sich um eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und um eine stärkere Bekanntmachung der Strategie durch regelmäßige Unterrichtungen der Generalversammlung, regionale Arbeitstagungen und die Verbesserung der externen Kommunikation. Er erstellte Berichte über die Koordinierung im Falle nuklearer oder radiologischer Terroranschläge und über Maßnahmen gegen die Nutzung des Internets für terroristische Zwecke sowie grundlegende Leitfäden zur Einhaltung der Menschenrechte bei der Anhaltung und Durchsuchung von Personen. Er setzte eine Arbeitsgruppe für Grenzmanagement ein, die den Auftrag hat, Leitlinien für die Durchführung der im Rahmen der Strategie geforderten Grenzkontrollmaßnahmen zur Terrorismusbekämpfung vorzulegen. Gemeinsam mit der Europäischen Union und dem Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien leitete der Arbeitsstab ein Projekt zur Unterstützung der Mitgliedstaaten in der Region bei der Umsetzung aller Säulen der Strategie ein.

89. Obwohl die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie in erster Linie bei den Mitgliedstaaten liegt, wird das System der Vereinten Nationen die Umsetzung weiter unterstützen, indem es gute Verfahrensweisen erarbeitet, die Zusammenarbeit zwischen den Partnern verstärkt und die Länder, die um Hilfe ersuchen, im Rahmen eines einheitlichen Vorgehens unterstützt.

D. Abrüstung und Nichtverbreitung

90. Nach dem erfolgreichen Ausgang der Konferenz der Vertragsparteien im Jahr 2010 zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen haben die Vertragsstaaten damit begonnen, die auf der Konferenz abgegebenen Zusagen in vereinbarte „Aktionen“ zur nuklearen Abrüstung, zur Nichtverbreitung und zur friedlichen Nutzung der Kernenergie umzusetzen.

91. Die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten von Amerika haben den neuen Vertrag über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen in Kraft gesetzt, der die Dislozierung ihrer strategischen Kernwaffen weiter einschränkt. Die Kernwaffenstaaten haben einen Prozess des Dialogs über systematische, schrittweise Maßnahmen zur vollständigen Beseitigung ihrer Kernwaffenbestände eingeleitet. Für 2012 wird eine Konferenz über die Schaffung einer von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen freien Zone im Nahen Osten vorbereitet.

92. Die Staaten und Vertreter aus der Zivilgesellschaft haben weiter die konkreten Voraussetzungen für die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt, namentlich mittels eines uni-

versalen und wirksam verifizierbaren Übereinkommens über Kernwaffen, erkundet. Im August 2010 nahm der Generalsekretär als erster Inhaber dieses Amtes an der Friedensgedenkzeremonie in Hiroshima (Japan) teil. Er würdigte die Überlebenden und alle diejenigen, die vor 66 Jahren in Hiroshima und Nagasaki den Tod gefunden hatten, und betonte, dass es nunmehr an der Zeit sei, den Traum von einer kernwaffenfreien Welt zu verwirklichen.

93. Das Ausbleiben von Fortschritten in Sachfragen auf der Abrüstungskonferenz in Genf gibt nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Empfehlungen der auf Initiative des Generalsekretärs am 24. September 2010 in Genf abgehaltenen Tagung auf hoher Ebene über die Neubelebung der Tätigkeit der Abrüstungskonferenz und das Voranbringen der multilateralen Abrüstungsverhandlungen umzusetzen.

94. In Bezug auf eine friedliche, auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel im Wege der Sechs-Parteien-Gespräche wurden keine Fortschritte erzielt.

95. Das Nuklearprogramm der Islamischen Republik Iran gibt weiter Anlass zur Besorgnis.

96. Im Kontext des nuklearen Unfalls im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi in Japan sind neue Probleme zutage getreten. Vor dem Hintergrund der globalen Auswirkungen der Krise unterstrich der Generalsekretär die potenzielle Rolle internationaler Organisationen sowie die Bedeutung gemeinsamer, koordinierter Maßnahmen zur Bewältigung solcher Herausforderungen. Im April 2011 forderte der Generalsekretär auf dem Gipfeltreffen von Kiew über die sichere und innovative Nutzung der Kernenergie konkrete Maßnahmen zur Stärkung der nuklearen Sicherheit. In diesem Zusammenhang veranlasste er eine das gesamte System der Vereinten Nationen einbeziehende Studie über die Folgen des nuklearen Unfalls in Fukushima. Die Studie wird als Bericht des Generalsekretärs erscheinen und soll als Grundlagendokument für die am 22. September 2011 abzuhaltende Tagung auf hoher Ebene über nukleare Sicherheit und Sicherung dienen.

97. Was konventionelle Waffen betrifft, so müssen die Staaten das hohe Fortschrittsstempo in Richtung auf einen Vertrag über den Waffenhandel beibehalten, der nach Auffassung des Generalsekretärs von äußerster Wichtigkeit ist. Die übermäßige Anhäufung und leichte Verfügbarkeit von Kleinwaffen und leichten Waffen in Gebieten, die von Konflikten und Kriminalität beherrscht werden, ist höchst beunruhigend.

98. Der Generalsekretär ist der Auffassung, dass die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen wichtig ist und dass in Regionen, die von grenzüberschreitendem Waffenhandel, ungesicherten Waffenbeständen und einer Zunahme bewaffneter Gewalt betroffen sind, zivilgesellschaftliche Organisationen eine maßgebliche Rolle spielen. Ein wichtiger Beitrag auf diesem Gebiet ist nach Überzeugung des Generalsekretärs die Verabschiedung des Zentralafrikanischen Übereinkommens zur Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen, deren Munition und aller Teile und Komponenten, die zur Herstellung, Instandsetzung und Montage dieser Waffen verwendet werden können.

99. Die Vereinten Nationen werden gemeinsam mit den Mitgliedstaaten weiter auf die Beibehaltung und neuerliche Stärkung wirksamer Abrüstungs- und Nichtverbreitungsnormen hinarbeiten.

Kapitel IV

Stärkung der Vereinten Nationen

A. Das Sekretariat, der zwischenstaatliche Apparat, systemweite Kohärenz und die Regionalorganisationen

100. Im Kontext der Weltwirtschaftsflaute und der darauf folgenden Haushaltskürzungen in einer Reihe von Ländern in aller Welt sind die Vereinten Nationen gefordert, mit weniger Mitteln mehr zu leisten. Verschiedene laufende Initiativen zur Reform des zwischenstaatlichen Apparats sowie der Prozess zur kohärenteren Gestaltung der Arbeit des Systems der Vereinten Nationen werden die Rolle der Organisation bei der Festlegung und Durchführung der globalen Agenda stärken.

1. Das Sekretariat

101. Der Generalsekretär hat vier einander ergänzende Prozesse mit dem Ziel eingeleitet, die Vereinten Nationen wirksamer und effizienter zu machen. Erstens hat er einen Haushaltsvorschlag eingereicht, der eine Kürzung des Gesamthaushalts der Vereinten Nationen um mehr als 3 Prozent vorsieht. Zweitens hat er den Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen um die Mitarbeit an einem systemweiten Reformpaket gebeten. Er hat drittens alle hochrangigen Führungskräfte veranlasst, konkrete Vorschläge darüber abzugeben, wie die Vereinten Nationen ihre Arbeitsweise und ihre Geschäftspraktiken ändern könnten. Viertens hat er zur Vertiefung der Reformbemühungen ein Team für Veränderungsmanagement eingerichtet.

102. Alle diese Anstrengungen werden auf den Fortschritten aufbauen, die während des vergangenen Jahres bei der Stärkung der Rechenschaftspflicht und der Steigerung der Leistung und der Ergebnisse erzielt wurden, darunter die Entwicklung eines Rahmens für die Umsetzung des ergebnisorientierten Managements, der den Mitgliedstaaten Ende 2011 vorgelegt werden wird, sowie einer Politik des organisationsweiten Risikomanagements, die derzeit in ausgewählten Hauptabteilungen erprobt wird.

103. Das Sekretariat ist bei den Vorbereitungen für die Anwendung der internationalen Rechnungslegungsstandards für den öffentlichen Sektor gut vorangekommen. Die Standards werden dazu dienen, international anerkannte bewährte Praktiken einzuführen, die Transparenz, insbesondere in Bezug auf die Programmkosten, zu erhöhen, die internen Kontrollen zu verbessern und den verantwortungsvollen Umgang mit Vermögenswerten erheblich zu fördern. Im Hinblick auf das ERP-Projekt „Umoja“ sind wesentlich stärkere Anstrengungen erforderlich, damit sich die potenziellen Vorteile zunehmend harmonisierter und gestraffter Geschäftspraktiken im gesamten Sekretariat trotz der Probleme aufgrund der verzögerten Projektdurchführung tatsächlich einstellen.

104. Ein kompetentes Personalmanagement ist von zentraler Bedeutung, wenn die Vision des Generalsekretärs von einer globalen, flexiblen, anpassungs- und reaktionsfähigen Organisation verwirklicht werden soll, die eine Kultur des eigenverantwortlichen Handelns und der Leistung unterstützt und ihren Mitarbeitern Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Mit den jüngsten Reformen der Dienstverträge und der Beschäftigungsbedingungen sind wir auf diesem Gebiet vorangekommen. Wir werden weiter daran arbeiten, die Rekrutierung, die Laufbahnentwicklung und die Mobilität für die Bediensteten innerhalb der Organisation zu verbessern.

2. Der zwischenstaatliche Apparat

105. Im vergangenen Jahr befasste sich die Generalversammlung mit überaus wichtigen Fragen im Zusammenhang mit der weltweiten Entwicklungsagenda und darüber hinaus,

unter anderem im Rahmen thematischer Debatten zu Fragen wie der Verringerung des Katastrophenrisikos, den Investitionen in die Produktionskapazitäten in den am wenigsten entwickelten Ländern und der entsprechenden Finanzierung, der Rechtsstaatlichkeit, der globalen Migration und der globalen Ordnungspolitik.

106. Bei den Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reform des Sicherheitsrats war eine neue Dynamik zu spüren, die insbesondere in den zunehmend konkreten und spezifischen Vorschlägen zum Ausdruck kam, welche die Delegationen im Rahmen der zwischenstaatlichen Verhandlungen vorlegten.

107. Bei seiner Behandlung der Umwälzungen in den arabischen Ländern hat der Sicherheitsrat in Bezug auf die Libysch-Arabische Dschamahirija die Schutzverantwortung geltend gemacht. Ansonsten war das beherrschende Thema seiner Tagesordnung die Aufsicht über Friedenssicherungs- und politische Missionen auf vier Kontinenten, wobei den Unabhängigkeitsreferenden in Südsudan und den Durchsetzungsmaßnahmen in Côte d'Ivoire besondere Aufmerksamkeit galt. Zu den Themenschwerpunkten gehörten vorbeugende Diplomatie, Terrorismus, die Friedenskonsolidierung nach Konflikten, Frauen und Frieden und Sicherheit sowie die Interdependenz von Sicherheit und Entwicklung. Der Rat war außerdem bestrebt, die volle und faire Anwendung der bestehenden Sanktionsregime zu gewährleisten, unter anderem durch das aktive Engagement der neu eingesetzten Ombudsperson, um sicherzustellen, dass bei den von der Organisation ergriffenen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung die Menschenrechtsnormen eingehalten werden.

108. Der Wirtschafts- und Sozialrat beschritt in seiner Tätigkeit neue Wege, um die internationale Gemeinschaft für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu mobilisieren. In der Folge seiner Tagung auf hoher Ebene wurde die weltweite Entwicklungspartnerschaft gestärkt und die Politikkoordinierung zwischen wichtigen institutionellen Interessenträgern verbessert, wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Im Rahmen der jährlichen Überprüfung auf Ministerebene wurde die vereinbarte Bildungsagenda erfolgreich vorangetrieben. Darüber hinaus prüfte der Rat die Vorgehensweise des Systems der Vereinten Nationen in Gleichstellungsfragen und gab Empfehlungen zur Erhöhung des Fortschrittstempos ab.

3. Systemweite Kohärenz

109. Seit der Verabschiedung der wegweisenden Resolution 64/289 über systemweite Kohärenz durch die Generalversammlung am 2. Juli 2010 wurden bei ihrer Durchführung bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Am 1. Januar 2011 nahm die Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN-Frauen) ihre Tätigkeit auf. Zur Erhöhung der Wirksamkeit wurden die Ressourcen und die Mandate von vier zuvor getrennten Stellen des Systems der Vereinten Nationen für Gleichstellungsfragen aufbauend auf der wichtigen von ihnen bisher geleisteten Arbeit unter einem Dach zusammengeführt. Dadurch, dass nun eine Stelle die gesamte Verantwortung für die globale Normsetzung trägt und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet ist, um die Länder bei der Umsetzung dieser Normen und Standards operativ zu unterstützen, können sich die Vereinten Nationen der weltweiten Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Ermächtigung der Frauen künftig in deutlich stärkerem Maß widmen.

110. Weitere Anstrengungen sind darauf gerichtet, das einheitliche Vorgehen der Vereinten Nationen zu verbessern. Derzeit werden die in den Pilotländern der Initiative „Einheit in der Aktion“ gewonnenen Erkenntnisse einer unabhängigen Evaluierung unterzogen. Die freiwillige Erstellung gemeinsamer Landesprogrammdokumente eröffnet die Möglichkeit, Doppelungen und Überschneidungen zwischen den Programmen einzelner Stellen zu beseitigen. Der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten

Nationen erzielte in diesem Jahr nennenswerte Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Harmonisierung der Geschäftspraktiken im System der Vereinten Nationen und mit der Annahme eines koordinierten Systemansatzes für eine fairere, umweltverträglichere und zukunftsfähige Globalisierung.

4. Regionalorganisationen

111. Die Vereinten Nationen haben weitere Anstrengungen zur Stärkung ihrer Partnerschaften mit Regionalorganisationen unternommen, was in der Entsendung gemeinsamer Missionen, gemeinsamen Vermittlungstätigkeiten, dem Aufbau von Vermittlungskapazitäten, gemeinsamen Schulungen, der Weitergabe bewährter Verfahren, Dialogen auf Arbeitsebene und der Einrichtung von Verbindungsbüros zum Ausdruck kam.

112. Durch die Einrichtung des Büros der Vereinten Nationen bei der Afrikanischen Union erhielt die strategische Partnerschaft mit dieser Organisation zusätzliches Gewicht. Die Partnerschaft der Vereinten Nationen mit der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika bei der Konfliktprävention, der Vermittlung und bei Wahlen hat mit der Unterzeichnung eines Kooperationsrahmens und der Entsendung eines Verbindungsteams nach Gabone einen Qualitätssprung erfahren. Das neue Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika in Libreville hat bereits eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten in die Wege geleitet und zur Stärkung der Frühwarn- und Vermittlungskapazitäten dieser Regionalorganisation beigetragen.

113. In Brüssel haben die Vereinten Nationen ein Verbindungsbüro für Partnerschaften eingerichtet und damit die Zusammenarbeit in Friedens- und Sicherheitsfragen mit der Europäischen Union und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter institutionalisiert.

114. Auf ihrem dritten gemeinsamen Gipfeltreffen haben der Verband Südostasiatischer Nationen und die Vereinten Nationen ihre Beziehungen nachdrücklich bekräftigt. Der Zusammenarbeit mit der Karibischen Gemeinschaft wurde dadurch Auftrieb verliehen, dass an ihrer einunddreißigsten Konferenz der Regierungschefs erstmals der Generalsekretär teilnahm.

B. Globale Handlungspartner

115. Die Zivilgesellschaft, die Privatwirtschaft und akademische Kreise leisten unverzichtbare Beiträge zu den Zielen der Vereinten Nationen, insbesondere zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Im vergangenen Jahr haben die Vereinten Nationen Schritte unternommen, um mit verstärktem Engagement und unter Nutzung ihrer Erfahrungen wahrhaft transformative Partnerschaften aufzubauen und so zur Bewältigung drängender Herausforderungen beizutragen.

1. Stärkung der Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft

116. Die Vereinten Nationen haben ihre Interaktion mit der Zivilgesellschaft erweitert und vertieft, namentlich durch die Initiative der Vereinten Nationen „Academic Impact“ (Akademische Wirkung), der sich bereits mehr als 650 Hochschuleinrichtungen in 104 Ländern angeschlossen haben.

117. Mehr als 6.000 Vertreter nichtstaatlicher Organisationen, die im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen tätig sind, nahmen an den Tagungen des Wirtschafts- und Sozialrats und seiner Nebenorgane teil und verliehen der Stimme von Basisorganisationen und lokalen Gemeinschaften Gehör.

118. Die Informationszentren der Vereinten Nationen in aller Welt betreiben gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in beinahe 50 Sprachen Kampagnen mit hoher Breitenwirkung,

darunter Kampagnen auf dem Gebiet der Millenniums-Entwicklungsziele, des Klimawandels und der nachhaltigen Entwicklung, die Initiative „Stell dich gegen Armut“ und die Kampagne zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen. Mehrere Informationszentren der Vereinten Nationen in Nordafrika und im Nahen Osten spielten während der tumultartigen Umwälzungen in der gesamten Region eine maßgebliche Rolle bei der Aufrechterhaltung eines offenen Dialogs mit verschiedenen Gemeinschaften.

2. Einbindung der Privatwirtschaft

119. Privatsektorexperten von mehr als 30 Institutionen der Vereinten Nationen konzentrieren sich in einem leistungsstarken Netz darauf, der Organisation bei der Bildung transformativer Partnerschaften zu helfen, mit denen systemische Probleme auf globaler und lokaler Ebene angegangen werden.

120. In Verbindung mit den Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Unternehmenssektor wird derzeit daran gearbeitet, bei der Auswahl von Partnern stärker die gebührende Sorgfalt walten zu lassen und die Überprüfungsmechanismen zu verbessern. Mit ihrer neuen Website für die Partnerschaft mit der Privatwirtschaft haben die Vereinten Nationen Dutzende von Kooperationsbeziehungen durch die Abstimmung von Unternehmensressourcen auf die Bedürfnisse der Organisation erleichtert und die Katastrophenhilfe im Zusammenhang mit den Krisen in Haiti, Japan, der Libysch-Arabischen Dschamahirija und Pakistan unterstützt.

121. Die Unternehmen waren darüber hinaus auch im Rahmen des Globalen Paktes der Vereinten Nationen aktiv, der mit 9.000 Teilnehmern in über 135 Ländern weltweit größten Initiative für unternehmerische Verantwortung. Über die Plattformen des Globalen Paktes für die Ermächtigung der Frauen, für Korruptionsbekämpfung, für Klima und für Wasser werden privatwirtschaftliche Akteure in die Arbeit in kritischen Bereichen eingebunden. Im September 2010 richteten die Vereinten Nationen das dritte Privatsektorforum aus, auf dem Führungskräfte und Regierungsvertreter konkrete Maßnahmen aufzeigten, mit denen Unternehmen zur Überwindung von Defiziten bei den Millenniums-Entwicklungszielen beitragen können. Die erfolgreiche Einbeziehung des Unternehmenssektors über die „Privatsektorschiene“ in die in Istanbul abgehaltene vierte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder zeigte modellhaft, wie die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Umfeld von Gipfelkonferenzen der Vereinten Nationen, beispielsweise Rio plus 20, enger gestaltet werden kann.

Kapitel V

Fazit

122. Vorausschauend auf die kommenden fünf Jahre ist zu erkennen, dass die Vereinten Nationen dringender denn je benötigt werden und dass es ihnen nicht leicht fallen wird, den vielfältigen Bedürfnissen und an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Organisation allen ihren Mitgliedstaaten, ungeachtet ihres Entwicklungsstands, ebenso dient wie allen Menschen, die in ihnen leben. Ein Großteil unseres Engagements wird auf den Errungenschaften der vergangenen fünf Jahre aufbauen müssen.

123. Die Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung ist oberstes Gebot. Wir müssen nicht nur wesentlich stärker auf die Millenniums-Entwicklungsziele hinarbeiten, damit diese bis 2015 erreicht werden können, sondern wir müssen auch eine Vision entwickeln und uns auf einen Rahmen für die Entwicklungsförderung über 2015 hinaus einigen. Wir müssen ferner Strategien entwerfen und Aktionspläne verabschieden, um die 50-50-50-Herausforderung anzugehen: Im Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung die 9-Milliarden-Grenze überschreiten, was eine Zunahme von 50 Prozent gegenüber dem vor zehn Jahren verzeichneten Wert darstellt, und bis dahin muss die Weltgemeinschaft die globalen Treibhausgasemissionen um 50 Prozent reduziert haben. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung wird darin bestehen, eine nachhaltige globale Energiestrategie zu formulieren.

124. Auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit haben wir in den vergangenen fünf Jahren allmählich erkannt, welche positiven Wirkungen eine gestärkte Präventionskapazität der Vereinten Nationen entfalten kann, wenn die Mitgliedstaaten sie in Anspruch nehmen, um landesinterne und grenzüberschreitende Spannungen zu entschärfen. Wir müssen die Präventionsdienste, die wir den Mitgliedstaaten anbieten können, weiter vertiefen und ausbauen.

125. In den vergangenen fünf Jahren sind die Friedenssicherungseinsätze noch komplexer geworden, und wir waren gezwungen, knappe Ressourcen zu strecken, um umfangreiche Mandate zu erfüllen. In den letzten beiden Jahren haben wir damit begonnen, die Art und Weise, wie wir Missionen unterstützen, zu überdenken und umzugestalten. Wir arbeiten kreativ daran, agiler zu werden und potenzielle Partnerschaften besser zu nutzen, um sicherzustellen, dass wir über die erforderlichen Kapazitäten zur Deckung der Bedürfnisse vor Ort verfügen, sei es im Zusammenhang mit Friedenssicherungsmissionen, Friedenskonsolidierungsmaßnahmen oder politischen Missionen. Die nächste Herausforderung besteht darin, weitere notwendige Anpassungen vorzunehmen, damit wir den Menschen, denen wir dienen, auch weiterhin Frieden und Sicherheit bringen können.

126. Haiti, Pakistan und Japan haben uns einen Vorgeschmack darauf gegeben, welche Gestalt und welche Ausmaße Katastrophen in Zukunft annehmen könnten. Das Zeitalter der Mega-Katastrophen ist angebrochen, und die letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die Ausstattung und die Konfiguration der Organisation verbessert werden müssen, damit sie diesen Katastrophen angemessen begegnen kann. Wir haben erste Schritte unternommen, um unsere Vorgehensweise zu ändern, indem wir unsere Reaktionsstrategien umgestalten und weitaus größeres Gewicht auf die Verringerung des Katastrophenrisikos legen. Im Hinblick auf den Ausbau ihrer Kapazitäten sind die Vereinten Nationen darüber hinaus neue Formen von Partnerschaften mit dem Unternehmenssektor und der Zivilgesellschaft eingegangen und erproben neue Technologien zur Koordinierung der Helfer und zur Herstellung von Verbindungen zwischen Helfern und Opfern. Wir werden diese Anstrengungen in den kommenden fünf Jahren beschleunigen müssen, wenn wir den wohl auf uns zukommenden humanitären Herausforderungen gerecht werden wollen.

127. Die Ereignisse des letzten Jahres haben uns allen erneut vor Augen geführt, wie überaus wichtig die normativen Standards sind, die die Vereinten Nationen für die Welt setzen. Wir haben den Aufruf zur Demokratie im Nahen Osten und in Nordafrika unterstützt und die internationale Gemeinschaft gedrängt, die Zivilbevölkerung in Côte d'Ivoire und in der Libysch-Arabischen Dschamahirija vor ungeheuerlichen Verletzungen ihrer Rechte zu schützen. Wir haben gesehen, dass diese Art der Interessenvertretung einen gewichtigen und positiven Einfluss auf die Unterstützung der Menschen haben kann, die an vorderster Front für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Schutzverantwortung kämpfen. Jetzt müssen wir über die Interessenvertretung hinausgehen und den staatlichen wie nichtstaatlichen Akteuren, die einen Wandel herbeiführen wollen, bei der Institutionalisierung dieser Normen und Werte behilflich sein. In den kommenden fünf Jahren werden die entscheidenden Weichen für den Kurs gestellt, den viele Übergangsprozesse nehmen werden. Daher müssen wir unbedingt rasch unsere Fähigkeit zur Unterstützung von Ländern verbessern, die mit dem Aufbau demokratischer Strukturen und Prozesse befasst sind.

128. Die globalen Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte – Klimawandel, Verbreitung von Waffen, Krankheiten und Terrorismus – werden nicht verschwinden. Wir müssen die internationale Zusammenarbeit, die wir bereits in Gang gesetzt haben, weiter stärken und vertiefen. Wir müssen uns jedoch auch für neue, gemeinsam zu bewältigende Herausforderungen wappnen, darunter nicht zuletzt diejenigen, die durch demografische Prozesse entstehen.

129. Schließlich müssen wir, um Leistungen für andere erbringen zu können, auch einen ehrlichen Blick nach innen richten und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass unsere Organisationsstruktur, unsere Arbeitsabläufe und unsere Mitarbeiter optimal darauf ausgerichtet sind, den Herausforderungen der kommenden zehn Jahre zu begegnen. Wir haben bereits eine wichtige Initiative für Veränderungen eingeleitet, die über die nächsten fünf Jahre hinweg zu größerer Wirksamkeit und Effizienz in der gesamten Organisation führen wird.

130. Zeiten des globalen Übergangs sind mit gewaltigen Herausforderungen verbunden, bieten aber auch enorme Chancen für den Fortschritt der Menschheit. Zusammen ist uns keine Herausforderung zu groß. Zusammen ist uns nichts unmöglich.

Anhang

Millenniums-Entwicklungsziele, Zielvorgaben und Indikatoren 2011: statistische Tabellen

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

Zielvorgabe 1.A

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Indikator 1.1

Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als 1,25 Dollar (in Kaufkraftparitäten (KKP)) pro Tag auskommen muss^{a,b}

(in Prozent)

	1990	1999	2005
Entwicklungsregionen	45,5	36,1	26,9
Nordafrika	4,5	4,4	2,6
Afrika südlich der Sahara	57,5	58,3	50,9
Lateinamerika und Karibik	11,3	10,9	8,2
Karibik	28,8	25,4	25,8
Lateinamerika	10,5	10,2	7,4
Ostasien	60,1	35,6	15,9
Südasien	49,5	42,2	38,6
Südasien ohne Indien	44,6	35,3	30,7
Südostasien	39,2	35,3	18,9
Westasien	2,2	4,1	5,8
Ozeanien	–	–	–
Kaukasus und Zentralasien	6,3	22,3	19,2
Am wenigsten entwickelte Länder	63,3	60,4	53,4
Binnenentwicklungsländer	49,1	50,7	42,8
Kleine Inselentwicklungsländer	32,4	27,7	27,5

^a Hocheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

^b Schätzungen der Weltbank (März 2011).

Indikator 1.2
Armutslückenverhältnis^{a,b}
 (in Prozent)

	1990	1999	2005
Entwicklungsregionen	15,4	11,6	8,0
Nordafrika	0,8	0,8	0,5
Afrika südlich der Sahara	26,3	25,8	20,7
Lateinamerika und Karibik	3,9	3,8	2,8
Karibik	13,4	12,7	12,8
Lateinamerika	3,5	3,4	2,3
Ostasien	20,7	11,1	4,0
Südasien	14,5	11,2	9,8
Südasien ohne Indien	14,2	9,9	8,1
Südostasien	11,1	9,6	4,2
Westasien	0,6	1,0	1,5
Ozeanien	–	–	–
Kaukasus und Zentralasien	2,1	7,5	5,4
Am wenigsten entwickelte Länder	27,5	24,7	19,9
Binnenentwicklungsländer	21,9	20,2	15,5
Kleine Inselentwicklungsländer	14,4	12,3	11,9

^a Das Armutslückenverhältnis misst das Ausmaß der Armut. Es wird errechnet, indem man den Anteil der unterhalb der Armutsgrenze (bei 1,25 Dollar KKP pro Tag) lebenden Menschen mit der Differenz zwischen der Armutsgrenze und dem Durchschnittseinkommen der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung multipliziert.

^b Hoheinkommensländer entsprechend der Definition der Weltbank sind nicht enthalten.

Indikator 1.3
Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum

Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

Zielvorgabe 1.B
Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle,
einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Indikator 1.4

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Erwerbstätigen

a) Jährliche Wachstumsrate des BIP pro Erwerbstätigen
 (in Prozent)

	2000	2010 ^a
Welt	2,9	3,1
Entwicklungsregionen	3,9	5,2
Nordafrika	2,5	2,7
Afrika südlich der Sahara	0,5	1,8
Lateinamerika und Karibik	1,9	3,0
Ostasien	6,9	8,5
Südasien	2,4	4,8
Südostasien	4,3	5,0
Westasien	7,6	3,0
Ozeanien	-6,0	3,7
Kaukasus und Zentralasien	5,5	2,7
Entwickelte Regionen	2,7	3,0
Am wenigsten entwickelte Länder	2,2	2,1
Binnenentwicklungsländer	2,3	2,4
Kleine Inselentwicklungsländer	3,1	4,9

^a Vorläufige Daten.

b) BIP pro Erwerbstätigen
 (US-Dollar (KKP); Basisjahr: 2005)

	2000	2010 ^a
Welt	18.272	21.828
Entwicklungsregionen	8.163	12.211
Nordafrika	16.528	18.994
Afrika südlich der Sahara	4.389	5.294
Lateinamerika und Karibik	21.047	23.013
Ostasien	6.058	13.431
Südasien	5.378	7.978
Südostasien	7.109	9.774
Westasien	33.722	39.743
Ozeanien	5.590	5.883
Kaukasus und Zentralasien	7.062	12.527
Entwickelte Regionen	56.565	64.345
Am wenigsten entwickelte Länder	2.174	3.053

	2000	2010 ^a
Binnenentwicklungsländer	3.398	4.905
Kleine Inselentwicklungsländer	21.611	25.938

^a Vorläufige Daten.

Indikator 1.5

Verhältnis Beschäftigung – Bevölkerung

a) Insgesamt

(in Prozent)

	1991	2000	2009	2010 ^a
Welt	62,2	61,5	61,2	61,1
Entwicklungsregionen	64,3	63,2	62,7	62,7
Nordafrika	43,4	43,1	45,8	45,9
Afrika südlich der Sahara	62,6	62,6	64,3	64,4
Lateinamerika und Karibik	56,4	58,1	60,6	60,7
Ostasien	74,4	73,9	70,3	70,2
Südasiens	58,5	56,9	58,3	58,5
Südostasien	68,3	67,1	65,9	65,8
Westasien	48,0	45,3	43,6	43,5
Ozeanien	65,9	66,3	66,4	66,1
Kaukasus und Zentralasien	57,4	54,9	59,1	59,8
Entwickelte Regionen	56,6	55,8	55,4	54,8
Am wenigsten entwickelte Länder	70,2	68,5	69,1	69,1
Binnenentwicklungsländer	67,4	67,1	69,5	69,7
Kleine Inselentwicklungsländer	55,2	56,7	57,9	57,7

^a Vorläufige Daten.

b) Männer, Frauen und Jugendliche (2009)^a

(in Prozent)

	Männer	Frauen	Jugendliche
Welt	72,9	49,2	44,3
Entwicklungsregionen	75,8	49,4	45,3
Nordafrika	69,8	22,3	28,5
Afrika südlich der Sahara	74,1	54,9	47,4
Lateinamerika und Karibik	74,6	47,5	44,3
Ostasien	75,9	64,3	54,5
Südasiens	78,5	37,4	42,7
Südostasien	77,5	54,5	44,2
Westasien	66,1	18,9	24,2
Ozeanien	70,2	62,0	50,7

	<i>Männer</i>	<i>Frauen</i>	<i>Jugendliche</i>
Kaukasus und Zentralasien	66,3	53,9	39,4
Entwickelte Regionen	61,5	48,5	38,1
Am wenigsten entwickelte Länder	78,9	59,5	54,9
Binnenentwicklungsländer	77,6	62,2	57,0
Kleine Inselentwicklungsländer	69,3	46,5	41,5

^a Vorläufige Daten.

Indikator 1.6

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar (in Kaufkraftparitäten (KKP)) pro Tag auskommen müssen

a) Gesamtzahl (in Millionen)

	<i>1991</i>	<i>1999</i>	<i>2009^a</i>
Welt	972,8	875,1	631,9
Entwicklungsregionen	970,9	871,4	631,7
Nordafrika	2,5	2,2	1,3
Afrika südlich der Sahara	124,7	155,8	184,0
Lateinamerika und Karibik	21,8	26,3	17,4
Ostasien	444,4	286,2	73,0
Südasien	264,9	285,5	282,3
Südostasien	104,5	104,9	62,2
Westasien	3,1	3,1	4,2
Ozeanien	1,0	1,1	1,5
Kaukasus und Zentralasien	4,0	6,3	5,9
Entwickelte Regionen	1,9	3,7	0,2
Am wenigsten entwickelte Länder	151,0	184,7	206,2
Binnenentwicklungsländer	61,9	73,8	77,8
Kleine Inselentwicklungsländer	3,2	4,1	5,4

^a Vorläufige Daten.

b) Prozentualer Anteil an den insgesamt Erwerbstätigen

	<i>1991</i>	<i>1999</i>	<i>2009^a</i>
Welt	43,0	33,9	20,7
Entwicklungsregionen	56,1	42,9	25,6
Nordafrika	8,0	5,4	2,5
Afrika südlich der Sahara	68,5	67,9	59,1
Lateinamerika und Karibik	13,4	13,0	6,9
Ostasien	67,4	39,2	9,1
Südasien	60,7	54,5	41,9

	1991	1999	2009 ^a
Südostasien	53,5	45,2	22,4
Westasien	8,1	6,4	7,0
Ozeanien	51,2	44,6	44,6
Kaukasus und Zentralasien	16,1	24,6	17,7
Entwickelte Regionen	0,4	0,7	0,0
Am wenigsten entwickelte Länder	71,9	71,3	59,8
Binnenentwicklungsländer	60,1	59,9	46,6
Kleine Inselentwicklungsländer	18,7	20,0	21,8

^a Vorläufige Daten.

Indikator 1.7

Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung

a) Beide Geschlechter

(in Prozent)

	1991	1999	2008	2009
Welt	55,5	53,5	50,2	50,1
Entwicklungsregionen	69,0	64,8	60,0	59,6
Nordafrika	37,2	32,6	33,5	33,3
Afrika südlich der Sahara	81,0	80,0	75,0	75,6
Lateinamerika und Karibik	34,9	36,1	31,8	32,2
Ostasien	69,6	60,6	52,5	51,2
Südasien	81,3	79,8	77,5	77,2
Südostasien	69,4	66,1	62,3	61,6
Westasien	42,7	37,5	28,4	28,6
Ozeanien	75,1	76,6	78,4	78,1
Kaukasus und Zentralasien	46,8	57,0	43,9	43,6
Entwickelte Regionen	11,2	11,5	9,9	9,7
Am wenigsten entwickelte Länder	86,2	85,0	80,6	80,8
Binnenentwicklungsländer	75,0	78,0	72,9	73,7
Kleine Inselentwicklungsländer	32,6	35,5	36,3	36,5

b) Männer

(in Prozent)

	1991	1999	2008	2009
Welt	53,1	51,8	48,9	48,9
Entwicklungsregionen	64,7	61,4	57,2	56,9
Nordafrika	33,2	30,0	28,5	29,1
Afrika südlich der Sahara	76,4	74,6	68,1	69,1

	1991	1999	2008	2009
Lateinamerika und Karibik	34,5	35,4	31,3	31,6
Ostasien	63,8	56,1	49,2	48,1
Südasien	77,9	76,7	74,8	74,4
Südostasien	65,0	62,4	59,5	58,8
Westasien	35,7	32,0	25,4	25,4
Ozeanien	70,6	72,0	73,7	73,4
Kaukasus und Zentralasien	49,7	56,5	42,9	42,9
Entwickelte Regionen	11,3	12,0	10,8	10,7
Am wenigsten entwickelte Länder	83,2	81,0	75,6	76,1
Binnenentwicklungsländer	72,2	74,4	68,7	69,8
Kleine Inselentwicklungsländer	32,3	36,1	37,4	37,6

c) Frauen
(in Prozent)

	1991	1999	2008	2009
Welt	59,2	56,1	52,1	51,8
Entwicklungsregionen	75,9	70,3	64,4	63,8
Nordafrika	51,9	41,2	48,9	46,5
Afrika südlich der Sahara	87,6	87,4	84,2	84,2
Lateinamerika und Karibik	35,8	37,3	32,6	33,2
Ostasien	76,7	66,2	56,6	55,0
Südasien	89,8	87,6	83,8	83,4
Südostasien	75,5	71,2	66,2	65,4
Westasien	67,4	57,6	40,0	40,6
Ozeanien	81,0	82,0	83,8	83,5
Kaukasus und Zentralasien	43,5	57,7	45,1	44,4
Entwickelte Regionen	11,0	10,9	8,7	8,5
Am wenigsten entwickelte Länder	90,2	90,5	87,2	86,9
Binnenentwicklungsländer	78,3	82,4	78,0	78,3
Kleine Inselentwicklungsländer	32,9	34,6	34,8	35,0

Zielvorgabe 1.C Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Indikator 1.8
Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren^a

a) Insgesamt
(in Prozent)

	1990	2009
Entwicklungsregionen	30	23
Nordafrika	10	6
Afrika südlich der Sahara	27	22
Lateinamerika und Karibik	10	4
Ostasien	15	6
Ostasien ohne China	11	5
Südasien	52	43
Südasien ohne Indien	59	39
Südostasien	30	18
Westasien ^b	11	7
Ozeanien	–	–
Kaukasus und Zentralasien	7	5

^a Die Daten stammen aus 64 Ländern, die 73 Prozent der Kinder unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen erfassen. Die Schätzungen der Prävalenz von Untergewicht bei Kindern werden anhand der Standards der Weltgesundheitsorganisation für das Wachstum von Kindern erstellt. Das Basisjahr für die Trendanalyse für den Kaukasus und Zentralasien ist 1996, da für 1990 keine ausreichenden Daten vorliegen.

^b Aufgrund fehlender Daten aus Jemen erfasst der regionale Gesamtwert nur 47 Prozent der Bevölkerung der Region.

b) Nach Geschlecht (2003-2009)
(in Prozent)

	Jungen	Mädchen	Verhältnis Jungen/Mädchen
Entwicklungsregionen	24	24	1,01
Nordafrika	7	5	1,29
Afrika südlich der Sahara	24	21	1,14
Lateinamerika und Karibik	4	4	1,12
Ostasien	7	7	1,00
Ostasien ohne China	5	5	1,02
Südasien	41	42	0,97
Südasien ohne Indien	37	39	0,96
Südostasien	–	–	–
Westasien	–	–	–

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>	<i>Verhältnis Jungen/Mädchen</i>
Ozeanien	21	15	1,44
Kaukasus und Zentralasien	6	6	1,11

c) Nach Wohnort (2003-2009)
(in Prozent)

	<i>Landbewohner</i>	<i>Stadtbewohner</i>
Entwicklungsregionen	28	14
Nordafrika	7	5
Afrika südlich der Sahara	25	15
Lateinamerika und Karibik	7	3
Ostasien	8	3
Ostasien ohne China	6	4
Südasien	45	33
Südasien ohne Indien	41	31
Südostasien	–	–
Westasien	–	–
Ozeanien	20	12
Kaukasus und Zentralasien	7	4

d) Nach dem Vermögen der privaten Haushalte (2003-2009)
(in Prozent)

	<i>Ärmstes Fünftel</i>	<i>Reichstes Fünftel</i>
Entwicklungsregionen	38	15
Nordafrika	8	4
Afrika südlich der Sahara	28	13
Lateinamerika und Karibik	–	–
Ostasien	–	–
Ostasien ohne China	7	3
Südasien	55	20
Südasien ohne Indien	48	24
Südostasien	–	–
Westasien	–	–
Ozeanien	–	–
Kaukasus und Zentralasien	7	4

Indikator 1.9

Anteil der Bevölkerung unter dem Mindestniveau der Nahrungsenergieaufnahme

(in Prozent)

	1990-1992	1995-1997	2000-2002	2005-2007
Welt	16	14	14	13
Entwicklungsregionen	20	18	16	16
Nordafrika	<5	<5	<5	<5
Afrika südlich der Sahara	31	31	30	26
Lateinamerika und Karibik	12	11	10	8
Karibik	26	28	22	24
Lateinamerika	11	10	9	7
Ostasien	18	12	10	10
Ostasien ohne China	8	11	13	12
Südasien	21	19	20	21
Südasien ohne Indien	26	26	23	23
Südostasien	24	18	17	14
Westasien	6	8	8	7
Ozeanien	–	–	–	–
Kaukasus und Zentralasien	16	13	17	9
Entwickelte Regionen	<5	<5	<5	<5
Am wenigsten entwickelte Länder	40	41	36	32
Binnenentwicklungsländer	34	34	30	26
Kleine Inselentwicklungsländer	24	25	21	21

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

Zielvorgabe 2.A

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Indikator 2.1

Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich^a

a) Insgesamt

	1991	1999	2009
Welt	82,7	83,9	89,7
Entwicklungsregionen	80,5	82,1	89,0
Nordafrika	80,0	86,0	94,3
Afrika südlich der Sahara	53,5	57,9	76,2
Lateinamerika und Karibik	85,7	93,5	95,0
Karibik	67,6	78,0	76,1
Lateinamerika	87,2	94,8	96,6
Ostasien	97,4	95,1	95,6
Ostasien ohne China	97,2	95,9	97,5
Südasien	77,0	79,2	90,9
Südasien ohne Indien	67,7	69,1	77,2
Südostasien	94,0	93,0	94,5
Westasien	82,0	83,1	88,3
Ozeanien	–	–	–
Kaukasus und Zentralasien	–	94,3	92,7
Entwickelte Regionen	96,3	97,1	95,8
Am wenigsten entwickelte Länder	52,2	57,8	79,6
Binnenentwicklungsländer	55,5	63,8	81,2
Kleine Inselentwicklungsländer	70,4	78,9	76,0

b) Nach Geschlecht

	1991		2000		2009	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Welt	86,6	78,7	86,8	80,9	90,6	88,8
Entwicklungsregionen	85,0	75,9	85,4	78,7	90,0	87,9
Nordafrika	86,7	73,0	89,2	82,6	96,0	92,4
Afrika südlich der Sahara	58,2	48,8	61,5	54,1	78,0	74,5
Lateinamerika und Karibik	87,8	83,6	94,1	92,8	95,1	94,9
Karibik	67,3	68,0	77,7	78,3	75,5	76,7

	1991		2000		2009	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Lateinamerika	89,5	84,9	95,5	94,1	96,7	96,4
Ostasien	98,9	95,8	94,2	96,0	94,1	97,3
Ostasien ohne China	97,6	96,9	96,6	95,3	97,9	97,0
Südasien	84,7	68,7	86,3	71,6	92,6	89,1
Südasien ohne Indien	74,2	60,9	74,4	63,6	79,8	74,6
Südostasien	95,7	92,3	94,2	91,9	95,0	93,9
Westasien	86,2	77,6	88,0	78,0	91,0	85,5
Ozeanien	–	–	–	–	–	–
Kaukasus und Zentralasien	–	–	94,6	94,0	93,2	92,0
Entwickelte Regionen	96,4	96,1	97,0	97,1	95,3	96,3
Am wenigsten entwickelte Länder	57,8	46,5	61,5	54,0	81,0	78,1
Binnenentwicklungsländer	61,5	49,4	68,6	59,0	83,7	78,6
Kleine Inselentwicklungsländer	71,2	69,6	79,7	78,2	77,0	75,0

^a Schüler im Grundschulalter, die eine Grund- oder Sekundarschule besuchen, je 100 Kinder derselben Altersgruppe, definiert als der Prozentanteil der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Grundschulalter an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe. Die Quoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre.

Indikator 2.2

Anteil der Grundschulanfänger, die die letzte Klassenstufe der Grundschule erreichen^{a,b}

a) Insgesamt

	1991	2000	2009
Welt	80,1	81,9	88,5
Entwicklungsregionen	77,2	79,6	87,3
Nordafrika	72,2	81,1	91,7
Afrika südlich der Sahara	50,8	51,2	66,9
Lateinamerika und Karibik	83,7	96,9	101,0
Karibik	58,7	71,3	77,0
Lateinamerika	85,4	98,8	102,8
Ostasien	106,3	97,9	95,9
Ostasien ohne China	95,0	98,3	98,1
Südasien	64,4	69,3	86,0
Südasien ohne Indien	55,2	62,3	65,3
Südostasien	85,7	92,3	100,1
Westasien	77,6	78,5	84,3
Ozeanien	60,8	63,6	61,6
Kaukasus und Zentralasien	–	94,6	95,9
Entwickelte Regionen	96,7	97,9	97,7
Am wenigsten entwickelte Länder	39,9	45,0	61,0

	1991	2000	2009
Binnenentwicklungsländer	52,0	55,2	65,7
Kleine Inselentwicklungsländer	61,9	72,3	75,0

b) Nach Geschlecht

	1991		2000		2009	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen
Welt	84,0	75,7	84,6	78,9	89,5	87,3
Entwicklungsregionen	81,9	72,0	82,7	76,2	88,4	86,1
Nordafrika	79,9	64,1	84,2	77,9	93,0	90,3
Afrika südlich der Sahara	55,0	45,0	55,3	46,4	70,6	63,0
Lateinamerika und Karibik	82,8	84,6	96,5	97,3	100,5	101,6
Karibik	57,3	60,0	70,4	72,2	76,5	77,4
Lateinamerika	84,5	86,3	98,5	99,2	102,2	103,3
Ostasien	–	–	97,9	97,8	94,2	97,8
Ostasien ohne China	95,2	94,9	98,6	98,0	98,4	97,8
Südasien	73,8	54,3	75,8	62,3	87,5	84,4
Südasien ohne Indien	61,2	48,9	66,5	58,0	68,7	61,6
Südostasien	86,5	84,9	92,7	92,0	99,8	100,4
Westasien	83,3	71,7	83,7	73,1	88,0	80,4
Ozeanien	64,6	56,8	67,5	59,5	65,5	57,6
Kaukasus und Zentralasien	–	–	95,8	93,4	96,6	95,1
Entwickelte Regionen	–	–	97,8	97,7	98,1	97,0
Am wenigsten entwickelte Länder	44,9	33,4	48,7	40,5	64,1	57,8
Binnenentwicklungsländer	56,5	47,4	60,5	49,7	69,2	62,0
Kleine Inselentwicklungsländer	61,8	62,0	72,5	72,0	75,8	74,2

^a Da für den offiziellen Indikator keine regionalen Durchschnittswerte vorliegen, wird die Bruttoaufnahmequote in die letzte Klassenstufe der Grundschule angegeben, die wie folgt definiert wird: Gesamtzahl der Neuaufnahmen in die letzte Klassenstufe der Grundschule, ungeachtet des Lebensalters, ausgedrückt als Prozentsatz der Population im theoretischen Eintrittsalter in die letzte Klassenstufe. (*Global Education Digest 2009: Comparing Education Statistics Across the World*, Montreal (Kanada), Statistisches Institut der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, 2009, Anhang B, S. 255).

^b Die Grundschulabschlussquoten beziehen sich auf die in den Berichtsjahren endenden Schuljahre.

Indikator 2.3

Alphabetenquote bei den 15- bis 24-jährigen Frauen und Männern
a) Insgesamt^a

(Lese- und Schreibkundige (in Prozent))

	1990	2000	2009
Welt	83,2	87,1	89,3
Entwicklungsregionen	80,1	84,8	87,7
Nordafrika	67,5	79,3	86,6
Afrika südlich der Sahara	65,3	68,7	72,0
Lateinamerika und Karibik	91,7	96,1	97,0
Karibik	86,8	–	89,5
Lateinamerika	92,1	96,7	97,6
Ostasien	94,6	98,9	99,4
Ostasien ohne China	99,4	–	99,6
Südasien	60,3	73,7	79,7
Südasien ohne Indien	56,4	67,3	76,7
Südostasien	94,4	96,3	97,7
Westasien	87,4	91,7	93,2
Ozeanien	72,5	74,8	74,9
Kaukasus und Zentralasien	99,8	99,8	99,9
Entwickelte Regionen	99,6	99,6	99,6
Am wenigsten entwickelte Länder	55,6	65,3	70,2
Binnenentwicklungsländer	62,1	68,4	71,7
Kleine Inselentwicklungsländer	84,9	86,9	87,6

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

b) Nach Geschlecht^a

(Lese- und Schreibkundige (in Prozent))

	1990		2000		2009	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt	87,7	78,6	90,3	83,8	91,9	86,8
Entwicklungsregionen	85,5	74,5	88,6	80,9	90,7	84,8
Nordafrika	77,2	57,3	85,2	73,3	90,1	83,0
Afrika südlich der Sahara	72,8	58,3	75,7	62,4	76,7	67,3
Lateinamerika und Karibik	91,4	92,0	95,8	96,5	96,8	97,2
Karibik	87,3	86,3	–	–	89,6	89,4
Lateinamerika	91,8	92,4	96,3	97,1	97,3	97,8
Ostasien	97,1	91,9	99,2	98,6	99,5	99,3
Ostasien ohne China	99,3	99,5	–	–	99,4	99,7

	1990		2000		2009	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Südasien	71,6	48,3	81,1	65,6	85,9	73,8
Südasien ohne Indien	66,9	45,9	73,9	60,8	80,5	72,6
Südostasien	95,4	93,5	96,6	96,1	97,8	97,5
Westasien	93,4	81,0	95,5	87,8	95,8	90,6
Ozeanien	77,5	67,4	76,9	72,5	73,3	76,5
Kaukasus und Zentralasien	99,8	99,8	99,8	99,9	99,8	99,9
Entwickelte Regionen	99,2	99,6	99,6	99,6	99,6	99,6
Am wenigsten entwickelte Länder	64,0	47,5	72,2	58,9	74,5	65,9
Binnenentwicklungsländer	68,2	56,5	74,8	62,6	77,2	66,5
Kleine Inselentwicklungsländer	86,5	83,3	87,7	86,1	87,6	87,7

^a Die regionalen Durchschnittswerte errechnen sich aus einem gewichteten Durchschnittswert des zuletzt verfügbaren beobachteten Datenpunkts für jedes Land oder Hoheitsgebiet im Bezugszeitraum. Für Länder, für die keine Daten vorliegen, wurden Schätzungen des Statistischen Instituts der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur herangezogen.

Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

Zielvorgabe 3.A Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Indikator 3.1
Verhältnis Mädchen/Jungen in der Grund- und Sekundarschulstufe und im
tertiären Bildungsbereich

a) Grundschulstufe^a

	1991	2000	2009
Welt	0,89	0,92	0,96
Entwicklungsregionen	0,87	0,91	0,96
Nordafrika	0,82	0,90	0,95
Afrika südlich der Sahara	0,83	0,85	0,92
Lateinamerika und Karibik	0,98	0,97	0,97
Karibik	0,99	0,98	0,96
Lateinamerika	0,98	0,97	0,97
Ostasien	0,92	1,01	1,04
Ostasien ohne China	1,00	0,98	0,98
Südasien	0,77	0,83	0,95
Südasien ohne Indien	0,79	0,81	0,92
Südostasien	0,97	0,96	0,97
Westasien	0,86	0,86	0,92
Ozeanien	0,90	0,90	0,89
Kaukasus und Zentralasien	0,99	0,99	0,98
Entwickelte Regionen	0,99	1,00	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,80	0,83	0,93
Binnenentwicklungsländer	0,83	0,82	0,92
Kleine Inselentwicklungsländer	0,96	0,96	0,94

^a Auf der Grundlage der Bruttobeteiligungsquoten.

b) Sekundarschulstufe^a

	1991	2000	2009
Welt	0,84	0,91	0,97
Entwicklungsregionen	0,78	0,88	0,96
Nordafrika	0,79	0,93	0,98
Afrika südlich der Sahara	0,76	0,82	0,79
Lateinamerika und Karibik	1,07	1,07	1,08
Karibik	1,12	1,08	1,04
Lateinamerika	1,07	1,07	1,08
Ostasien	0,77	0,93	1,06
Ostasien ohne China	0,97	0,98	0,98
Südasien	0,61	0,75	0,89
Südasien ohne Indien	0,63	0,85	0,92
Südostasien	0,90	0,95	1,03
Westasien	0,68	0,74	0,86
Ozeanien	0,83	0,89	0,88
Kaukasus und Zentralasien	–	0,98	0,98
Entwickelte Regionen	1,01	1,01	1,00
Am wenigsten entwickelte Länder	0,60	0,77	0,82
Binnenentwicklungsländer	0,87	0,83	0,85
Kleine Inselentwicklungsländer	1,07	1,04	1,01

^a Auf der Grundlage der Bruttobeteiligungsquoten.

c) Tertiärer Bildungsbereich^a

	1991	2000	2009
Welt	0,91	0,98	1,08
Entwicklungsregionen	0,71	0,82	0,97
Nordafrika	0,59	0,74	0,98
Afrika südlich der Sahara	0,53	0,67	0,63
Lateinamerika und Karibik	0,98	1,17	1,26
Karibik	1,35	1,38	1,61
Lateinamerika	0,95	1,16	1,23
Ostasien	0,53	0,67	1,03
Ostasien ohne China	0,54	0,63	0,77
Südasien	0,50	0,65	0,74
Südasien ohne Indien	0,36	0,67	0,87
Südostasien	0,96	0,96	1,09
Westasien	0,64	0,78	0,87
Ozeanien	0,56	0,81	0,86
Kaukasus und Zentralasien	–	0,91	1,07
Entwickelte Regionen	1,10	1,20	1,30

	1991	2000	2009
Am wenigsten entwickelte Länder	0,38	0,59	0,58
Binnenentwicklungsländer	0,82	0,81	0,87
Kleine Inselentwicklungsländer	1,24	1,31	1,50

^a Auf der Grundlage der Bruttobeteiligungsquoten.

Indikator 3.2

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor

(in Prozent der Erwerbstätigen)

	1990	2000	2005	2009
Welt	35,0	37,5	38,4	39,6
Entwicklungsregionen	28,8	31,7	32,6	33,8
Nordafrika	19,0	18,8	18,6	18,8
Afrika südlich der Sahara	23,5	28,1	30,2	32,6
Lateinamerika und Karibik	36,4	40,4	41,5	43,0
Ostasien	38,1	39,7	40,9	41,7
Ostasien ohne China	40,1	42,3	44,0	44,8
Südasiens	13,3	17,1	18,1	19,4
Südasiens ohne Indien	14,6	18,4	18,0	19,0
Südostasien	34,6	36,9	36,8	37,6
Westasien	14,9	16,8	17,5	18,7
Ozeanien	33,3	35,5	35,2	36,2
Kaukasus und Zentralasien	43,8	44,2	45,3	45,2
Entwickelte Regionen	44,3	46,2	47,1	48,3

Indikator 3.3

Sitzanteil der Frauen im nationalen Parlament^{a, b}

(in Prozent)

	1990	2000	2005	2011 ^b
Welt	12,8	13,7	15,9	19,3
Entwicklungsregionen	11,6	12,3	14,2	18,0
Nordafrika	2,6	3,3	8,5	11,7
Afrika südlich der Sahara	9,6	12,6	14,2	19,6
Lateinamerika und Karibik	11,9	15,2	19,0	23,0
Karibik	22,1	20,6	26,0	31,3
Lateinamerika	8,6	13,2	16,4	20,0
Ostasien	20,2	19,9	19,4	19,5
Ostasien ohne China	17,8	14,6	17,2	14,5
Südasiens	5,7	6,8	8,8	18,2
Südasiens ohne Indien	5,9	5,9	9,0	20,1

	<i>1990</i>	<i>2000</i>	<i>2005</i>	<i>2011^b</i>
Südostasien	10,4	12,3	15,5	17,6
Westasien	4,5	4,2	3,9	9,4
Ozeanien	1,2	3,6	3,0	2,3
Kaukasus und Zentralasien	–	7,0	9,9	16,1
Entwickelte Regionen	16,1	16,3	19,8	22,5
Am wenigsten entwickelte Länder	8,7	9,9	13,0	19,9
Binnenentwicklungsländer	14,2	7,8	13,4	22,9
Kleine Inselentwicklungsländer	15,2	14,0	17,9	21,2

^a Nur Einkammerparlamente oder Unterhäuser.

^b Stand: 31. Januar 2011.

Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit

Zielvorgabe 4.A Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Indikator 4.1 Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren^a

	1990	2000	2009
Welt	89	77	60
Entwicklungsregionen	99	84	66
Nordafrika	80	46	26
Afrika südlich der Sahara	180	160	129
Lateinamerika und Karibik	52	33	23
Karibik	76	58	48
Lateinamerika	50	32	21
Ostasien	45	36	19
Ostasien ohne China	28	29	17
Südasien	122	95	69
Südasien ohne Indien	131	101	78
Südostasien	73	48	36
Westasien	68	45	32
Ozeanien	76	65	59
Kaukasus und Zentralasien	78	62	37
Entwickelte Regionen	15	10	7
Am wenigsten entwickelte Länder	178	146	121

^a Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren je 1.000 Lebendgeburten.

Indikator 4.2 Säuglingssterblichkeitsrate^a

	1990	2000	2009
Welt	62	54	44
Entwicklungsregionen	68	59	48
Nordafrika	61	38	24
Afrika südlich der Sahara	109	98	82
Lateinamerika und Karibik	41	28	20
Karibik	54	43	38
Lateinamerika	41	26	18
Ostasien	36	29	18
Ostasien ohne China	18	22	14

	1990	2000	2009
Südasien	87	70	55
Südasien ohne Indien	95	76	61
Südostasien	50	36	29
Westasien	53	36	37
Ozeanien	56	49	46
Kaukasus und Zentralasien	64	52	34
Entwickelte Regionen	12	8	6
Am wenigsten entwickelte Länder	112	93	79

^a Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr je 1.000 Lebendgeburten.

Indikator 4.3

Anteil der Einjährigen, die gegen Masern geimpft wurden^a

(in Prozent)

	1990	2000	2009
Welt	72	71	82
Entwicklungsregionen	71	69	80
Nordafrika	85	93	94
Afrika südlich der Sahara	56	55	68
Lateinamerika und Karibik	76	92	93
Ostasien	98	84	94
Ostasien ohne China	95	87	95
Südasien	57	56	75
Südasien ohne Indien	60	68	85
Südostasien	70	81	88
Westasien	77	84	82
Ozeanien	70	66	58
Kaukasus und Zentralasien	–	93	92
Entwickelte Regionen	81	92	94
Am wenigsten entwickelte Länder	54	60	77

^a Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben.

Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern

Zielvorgabe 5.A Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Indikator 5.1 Müttersterblichkeitsrate^a

	1990	2000	2008
Welt	400	340	260
Entwicklungsregionen	440	370	290
Nordafrika	230	120	92
Afrika südlich der Sahara	870	790	640
Lateinamerika und Karibik	140	110	85
Karibik	320	230	170
Lateinamerika	130	99	80
Ostasien	110	63	41
Ostasien ohne China	110	110	110
Südasien	590	420	280
Südasien ohne Indien	640	490	370
Südostasien	380	230	160
Westasien	140	98	70
Ozeanien	290	260	230
Kaukasus und Zentralasien	70	69	54
Entwickelte Regionen	26	17	17
Am wenigsten entwickelte Länder	900	750	590

^a Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten.

Indikator 5.2 Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten (in Prozent)

	1990	2009
Welt	59	68
Entwicklungsregionen	55	65
Nordafrika	45	81
Afrika südlich der Sahara	42	46
Lateinamerika und Karibik ^a	70	88
Karibik ^a	67	69
Lateinamerika ^a	70	90
Ostasien	94	99
Ostasien ohne China	97	99

	1990	2009
Südasien	32	50
Südasien ohne Indien	27	42
Südostasien	49	72
Westasien	62	78
Ozeanien	54	56
Kaukasus und Zentralasien	93	97
Entwickelte Regionen	99	99

^a Nur für Entbindungen in Gesundheitsversorgungseinrichtungen.

Zielvorgabe 5.B

Bis 2015 den allgemeinen Zugang zu reproduktiver Gesundheit verwirklichen

Indikator 5.3

Verwendungsrate von Verhütungsmitteln^a

(in Prozent)

	1990	2000	2008
Welt	55,4	61,5	62,9
Entwicklungsregionen	52,3	59,6	61,3
Nordafrika	44,0	58,8	60,5
Afrika südlich der Sahara	13,4	20,1	21,7
Lateinamerika und Karibik	62,0	71,2	72,9
Karibik	53,7	59,9	61,8
Lateinamerika	62,7	72,1	73,8
Ostasien	77,7	85,7	84,2
Ostasien ohne China	73,9	76,6	76,2
Südasien	39,9	46,7	53,9
Südasien ohne Indien	30,2	46,2	48,0
Südostasien	47,9	57,0	62,3
Westasien	44,4	50,6	55,2
Ozeanien	29,4	32,2	36,7
Kaukasus und Zentralasien	54,3	59,7	55,6
Entwickelte Regionen	68,8	71,1	72,2
Am wenigsten entwickelte Länder	17,7	28,1	31,4
Binnenentwicklungsländer	24,5	30,7	33,7
Kleine Inselentwicklungsländer	49,7	53,9	55,4

^a Bei Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die verheiratet sind oder in einer festen Partnerschaft leben.

Indikator 5.4
Geburtenrate bei Jugendlichen^a

	1990	2000	2008
Welt	59,8	51,5	50,5
Entwicklungsregionen	64,8	56,0	54,4
Nordafrika	43,0	33,3	29,9
Afrika südlich der Sahara	124,1	122,9	122,0
Lateinamerika und Karibik	91,1	87,6	80,7
Karibik	80,9	77,1	68,5
Lateinamerika	91,9	88,4	81,6
Ostasien	15,3	5,8	6,0
Ostasien ohne China	4,0	3,1	2,5
Südasien	89,3	59,4	52,6
Südasien ohne Indien	121,0	77,4	69,0
Südostasien	53,5	40,3	44,1
Westasien	63,8	52,7	52,3
Ozeanien	82,8	63,3	61,2
Kaukasus und Zentralasien	44,7	28,2	29,3
Entwickelte Regionen	33,9	25,5	24,0
Am wenigsten entwickelte Länder	133,4	121,2	121,9
Binnenentwicklungsländer	105,8	106,6	107,1
Kleine Inselentwicklungsländer	77,1	71,7	63,9

^a Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren.

Indikator 5.5
Zugang zur Schwangerenvorsorge (mindestens ein Besuch und mindestens vier Besuche)

a) **Mindestens ein Besuch^a**
(in Prozent)

	1990	2009
Welt	64	81
Entwicklungsregionen	64	81
Nordafrika	51	79
Afrika südlich der Sahara	68	78
Lateinamerika und Karibik	78	95
Karibik	89	93
Lateinamerika	77	95
Ostasien	70	91
Südasien	51	70
Südasien ohne Indien	22	58
Südostasien	72	92

	1990	2009
Westasien	62	84
Ozeanien	77	79
Kaukasus und Zentralasien	90	96

^a Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die während der Schwangerschaft mindestens einmal Zugang zur Schwangerenvorsorge hatten und dabei von medizinischem Fachpersonal behandelt wurden.

b) Mindestens vier Besuche^a

(in Prozent)

	1990	2009
Welt	35	51
Entwicklungsregionen	35	51
Nordafrika	20	57
Afrika südlich der Sahara	44	43
Lateinamerika und Karibik	69	84
Karibik	59	72
Lateinamerika	70	85
Südasien	23	44
Südasien ohne Indien	10	26
Südostasien	46	69
Westasien	32	54

^a Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die während der Schwangerschaft mindestens viermal Zugang zur Schwangerenvorsorge hatten und dabei von medizinischem Fachpersonal behandelt wurden.

Indikator 5.6

Ungedeckter Bedarf an Familienplanungsleistungen^a

(in Prozent)

	1990	2000	2008
Welt	13,8	11,5	11,1
Entwicklungsregionen	14,3	11,7	11,3
Nordafrika	19,4	11,2	9,6
Afrika südlich der Sahara	26,2	24,1	24,8
Lateinamerika und Karibik	15,8	10,3	9,9
Karibik	19,5	20,4	20,2
Lateinamerika	15,6	9,7	9,3
Ostasien	3,3	2,4	2,3
Südasien	20,3	17,2	14,7
Südasien ohne Indien	23,6	23,3	20,6
Südostasien	15,5	10,9	10,9

	<i>1990</i>	<i>2000</i>	<i>2008</i>
Westasien	15,7	13,7	12,3
Kaukasus und Zentralasien	14,4	12,4	12,5
Am wenigsten entwickelte Länder	25,4	23,9	24,0
Binnenentwicklungsländer	24,3	24,1	23,8

^a Bei verheirateten oder in einer festen Partnerschaft lebenden Frauen im gebärfähigen Alter (zwischen 15 und 49 Jahren).

Ziel 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

Zielvorgabe 6.A Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 6.1

a) HIV-Inzidenzrate^a

	1990	2009
Welt	0,08	0,06
Entwicklungsregionen	0,09	0,08
Nordafrika	0,01	0,01
Afrika südlich der Sahara	0,57	0,40
Lateinamerika und Karibik	0,04	0,04
Karibik	0,09	0,08
Lateinamerika	0,04	0,03
Ostasien	0,01	0,01
Südasien	0,04	0,02
Südostasien (einschließlich Ozeaniens)	0,04	0,04
Westasien	<0,01	<0,01
Kaukasus und Zentralasien	0,01	0,03
Entwickelte Regionen	0,05	0,03

^a Als die Indikatoren für die Millenniumsziele entwickelt wurden, wurde stellvertretend für die Inzidenzrate die „HIV-Prävalenz bei den 15- bis 24-Jährigen“ gewählt. Heute liegen jedoch für alle Regionen und für 60 Länder Schätzwerte für die Inzidenzrate bei Menschen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren vor. Daher werden hier die HIV-Inzidenzraten ebenso wie die Angaben zur HIV-Prävalenz für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 49 Jahren dargestellt.

b) HIV-Prävalenz bei den 15- bis 24-Jährigen
(in Prozent)

	1990		2001		2009	
	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben
Welt	0,3	44	0,8	51	0,8	52
Entwicklungsregionen	0,3	49	0,9	53	0,9	54
Nordafrika	<0,1	29	<0,1	30	0,1	30
Afrika südlich der Sahara	2,1	56	5,5	59	4,7	60

	1990		2001		2009	
	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben	Schätzwert für Erwachsene (15-49 Jahre)	Weibliche Erwachsene (älter als 15 Jahre), die mit dem HIV leben
Lateinamerika und Karibik	0,3	28	0,5	35	0,5	37
Karibik	0,6	48	1,1	54	1	53
Lateinamerika	0,3	25	0,4	32	0,4	35
Ostasien	<0,1	25	<0,1	28	0,1	29
Ostasien ohne China	<0,1	29	<0,1	30	<0,1	31
Südasien	<0,1	28	0,3	35	0,3	37
Südasien ohne Indien	<0,1	27	0,1	30	0,1	30
Südostasien (einschließlich Ozeaniens)	0,2	16	0,4	34	0,4	34
Westasien	<0,1	30	<0,1	30	<0,1	30
Ozeanien	<0,1	54	0,4	57	0,8	57
Kaukasus und Zentralasien	<0,1	32	<0,1	37	0,1	37
Entwickelte Regionen	0,2	18	0,3	31	0,4	35
Am wenigsten entwickelte Länder	1,4	55	2,2	58	2	58
Binnenentwicklungsländer	2,4	57	3,9	58	3	58
Kleine Inselentwicklungsländer	0,4	48	0,8	52	0,8	51

Indikator 6.2

Kondombenutzung beim letzten risikoreichen Geschlechtsverkehr^a (2005-2010)^b

	Frauen		Männer	
	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten	Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder	Prozentsatz derjenigen, die ein Kondom verwendeten
Afrika südlich der Sahara	34	34	27	48
Karibik	3	37	2	56
Südasien	1	22	2	38
Ozeanien	3	34	4	48

^a Anteil der jungen Frauen und Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, die beim Geschlechtsverkehr mit einem Gelegenheitspartner (mit dem sie nicht verheiratet waren bzw. nicht zusammenlebten) innerhalb der letzten 12 Monate ein Kondom verwendet haben, an denjenigen, die in den letzten 12 Monaten einen solchen Partner hatten.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Indikator 6.3

Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem und richtigem Wissen über HIV/Aids^a (2005-2010)^b

	<i>Frauen</i>		<i>Männer</i>	
	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen</i>	<i>Zahl der von den Erhebungen erfassten Länder</i>	<i>Prozentsatz derjenigen mit umfassendem Wissen</i>
Welt ^c	91	21	–	–
Entwicklungsregionen ^c	82	20	–	–
Nordafrika	2	7	1	18
Afrika südlich der Sahara	37	26	28	33
Karibik	5	43	2	37
Südasien	5	17	2	36
Südasien ohne Indien	4	10	–	–
Südostasien	6	24	–	–
Kaukasus und Zentralasien	8	20	–	–

^a Anteil der jungen Frauen und Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, die die beiden wichtigsten Wege zur Verhütung der sexuellen Übertragung des HIV richtig benennen (Kondomverwendung und Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf einen treuen, nicht infizierten Partner), zwei verbreitete örtliche Fehlvorstellungen ablehnen und wissen, dass eine gesund wirkende Person das HIV übertragen kann.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

^c Ohne China.

Indikator 6.4

Verhältnis der Schulbesuchsquote von Waisenkindern zur Schulbesuchsquote von Nichtwaisen im Alter von 10-14 Jahren^a (2005-2010)^b

	<i>Zahl der Länder mit Daten</i>	<i>Verhältnis der Schulbesuchsquoten</i>
Entwicklungsregionen	44	0,81
Afrika südlich der Sahara	33	0,92
Karibik	2	0,82
Südasien	2	0,73

^a Verhältnis der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren, deren biologische Eltern verstorben sind, zu der derzeitigen Schulbesuchsquote von Kindern im Alter von 10 bis 14 Jahren, deren Eltern noch leben und die derzeit bei mindestens einem biologischen Elternteil leben.

^b Die Angaben beziehen sich auf das letzte Jahr, für das im genannten Zeitraum Daten vorliegen.

Zielvorgabe 6.B

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/Aids-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Indikator 6.5

Anteil der Bevölkerung mit fortgeschrittener HIV-Infektion, der Zugang zu antiretroviralen Medikamenten hat^{a,b}

(in Prozent)

	2004	2006	2008	2009
Welt ^b	6	15	28	36
Entwicklungsregionen	6	16	29	37
Nordafrika	10	21	29	25
Afrika südlich der Sahara	3	14	28	37
Lateinamerika und Karibik	34	41	48	50
Karibik	5	14	30	38
Lateinamerika	39	44	49	51
Ostasien	6	16	19	23
Ostasien ohne China	<1	<1	<1	<1
Südasien	2	7	18	24
Südasien ohne Indien	1	2	4	6
Südostasien und Ozeanien	12	24	39	46
Westasien	44	38	52	57
Kaukasus und Zentralasien	2	12	22	26
Am wenigsten entwickelte Länder	4	14	30	39
Binnenentwicklungsländer	5	17	35	47
Kleine Inselentwicklungsländer	5	15	31	40

^a Anteil der Menschen mit einem CD4-Wert unter 350, die eine antiretrovirale Therapie erhalten.

^b Nur Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen entsprechend der Definition der Weltbank sind enthalten.

Zielvorgabe 6.C

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Indikator 6.6

Malariainzidenz und Malariasterblichkeit

a) Inzidenz^a

Welt	69
Nordafrika	0
Afrika südlich der Sahara	248
Lateinamerika und Karibik	7
Karibik	14
Lateinamerika	6

Ostasien	0
Ostasien ohne China	15
Südasien	20
Südasien ohne Indien	12
Südostasien	32
Westasien	20
Ozeanien	225
Kaukasus und Zentralasien	0
Am wenigsten entwickelte Länder	173
Binnenentwicklungsländer	148
Kleine Inselentwicklungsländer	98

^a Anzahl neuer Fälle je 1.000 Einwohner in Ländern, in denen die Malaria endemisch ist (2009).

b) Sterbefälle^a

	<i>Alle Altersstufen</i>	<i>Kinder unter 5 Jahren</i>
Welt	24	182
Nordafrika	0	0
Afrika südlich der Sahara	96	519
Lateinamerika und Karibik	1	3
Karibik	4	11
Lateinamerika	<0,5	1
Ostasien	<0,5	<0,5
Ostasien ohne China	0	0
Südasien	2	8
Südasien ohne Indien	1	5
Südostasien	6	18
Westasien	6	15
Ozeanien	55	163
Kaukasus und Zentralasien	<0,5	<0,5
Am wenigsten entwickelte Länder	70	384
Binnenentwicklungsländer	67	351
Kleine Inselentwicklungsländer	30	146

^a Anzahl der Sterbefälle je 100.000 Einwohner in Ländern, in denen die Malaria endemisch ist (2009).

Indikator 6.7

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen (2008-2010)

a) Insgesamt

(in Prozent)

Afrika südlich der Sahara (24 Länder)	31 ^a
---------------------------------------	-----------------

^a Die Daten für eine Teilgruppe von 24 Ländern in Afrika südlich der Sahara, für die Trenddaten verfügbar sind, zeigten einen Anstieg bei der Verwendung von imprägnierten Moskitonetzen bei Kindern von 2 Prozent im Jahr 2000 auf 31 Prozent im Jahr 2010. Die Berechnung umfasst die per 31. April 2011 verfügbaren Daten.

b) Nach Geschlecht

(in Prozent)

	<i>Jungen</i>	<i>Mädchen</i>
Afrika südlich der Sahara (21 Länder)	27	27

c) Nach Wohnort

(in Prozent)

	<i>Stadtbewohner</i>	<i>Landbewohner</i>
Afrika südlich der Sahara (23 Länder)	28	33

Indikator 6.8

Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit Fieber, die mit geeigneten Malaria-Medikamenten behandelt werden (2008-2010)

a) Insgesamt

(in Prozent)

Afrika südlich der Sahara (34 Länder)	36
---------------------------------------	----

b) Nach Wohnort

(in Prozent)

	<i>Stadtbewohner</i>	<i>Landbewohner</i>
Südasien (3 Länder)	41	36

Indikator 6.9
Tuberkuloseinzidenz, -prävalenz und -sterblichkeit

a) **Inzidenz**

(Anzahl neuer Fälle je 100.000 Einwohner einschließlich HIV-Infizierter)^a

	1990	2000	2009
Welt	128 (114; 144)	136 (129; 144)	137 (131; 145)
Entwicklungsregionen	155 (135; 174)	163 (153; 172)	164 (155; 173)
Nordafrika	58 (47; 69)	48 (43; 52)	42 (39; 46)
Afrika südlich der Sahara	176 (159; 194)	316 (300; 333)	345 (326; 363)
Lateinamerika und Karibik	88 (73; 103)	61 (56; 66)	44 (41; 48)
Karibik	95 (67; 122)	91 (78; 104)	79 (67; 90)
Lateinamerika	87 (71; 103)	59 (54; 64)	42 (39; 45)
Ostasien	136 (105; 167)	109 (90; 128)	100 (88; 112)
Südasien	172 (117; 227)	172 (148; 197)	173 (149; 196)
Südostasien	238 (191; 284)	226 (205; 247)	217 (197; 237)
Westasien	59 (48; 70)	49 (44; 54)	33 (30; 36)
Ozeanien	202 (131; 273)	194 (161; 226)	190 (162; 219)
Kaukasus und Zentralasien	116 (92; 141)	135 (123; 146)	134 (123; 146)
Entwickelte Regionen	39 (33; 46)	36 (33; 39)	27 (25; 29)
Am wenigsten entwickelte Länder	212 (183; 240)	272 (258; 287)	275 (261; 289)
Binnenentwicklungsländer	167 (148; 187)	270 (254; 287)	270 (253; 287)
Kleine Inselentwicklungsländer	108 (86; 129)	104 (94; 114)	104 (95; 113)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

b) **Prävalenz**

(Anzahl der bestehenden Fälle je 100.000 Einwohner einschließlich HIV-Infizierter)^a

	1990	2000	2009
Welt	253 (200; 318)	231 (194; 275)	201 (169; 239)
Entwicklungsregionen	310 (233; 387)	280 (229; 331)	241 (198; 284)
Nordafrika	98 (56; 139)	65 (40; 89)	54 (34; 74)
Afrika südlich der Sahara	287 (231; 344)	456 (377; 534)	479 (397; 560)
Lateinamerika und Karibik	148 (99; 198)	90 (67; 114)	58 (43; 72)
Karibik	176 (90; 263)	139 (81; 198)	111 (61; 162)
Lateinamerika	146 (93; 199)	86 (62; 111)	54 (38; 69)
Ostasien	284 (122; 446)	218 (101; 334)	141 (63; 220)
Südasien	359 (167; 551)	294 (177; 410)	267 (154; 380)
Südostasien	524 (369; 679)	465 (349; 580)	344 (259; 429)
Westasien	94 (57; 131)	74 (50; 98)	51 (35; 67)
Ozeanien	416 (163; 669)	250 (103; 396)	258 (107; 408)
Kaukasus und Zentralasien	224 (139; 308)	207 (144; 269)	208 (147; 269)
Entwickelte Regionen	66 (42; 89)	49 (33; 64)	34 (23; 45)
Am wenigsten entwickelte Länder	397 (291; 502)	460 (378; 543)	431 (358; 503)

	1990	2000	2009
Binnenentwicklungsländer	252 (202; 302)	372 (300; 445)	385 (305; 464)
Kleine Inselentwicklungsländer	202 (131; 272)	152 (107; 198)	146 (104; 187)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

c) Sterbefälle

(Anzahl je 100.000 Einwohner ohne HIV-Infizierte)^a

	1990	2000	2009
Welt	30 (25; 36)	26 (24; 29)	20 (17; 22)
Entwicklungsregionen	37 (30; 44)	32 (29; 35)	23 (21; 26)
Nordafrika	6,6 (3,3; 9,9)	3 (2,1; 4)	2,4 (1,7; 3,2)
Afrika südlich der Sahara	32 (27; 38)	54 (50; 59)	53 (48; 58)
Lateinamerika und Karibik	13 (8,8; 17)	6 (5,3; 6,8)	3,3 (2,7; 4)
Karibik	21 (12; 29)	15 (11; 19)	11 (7,3; 14)
Lateinamerika	12 (7,9; 16)	5,3 (4,6; 6,1)	2,8 (2,1; 3,4)
Ostasien	37 (26; 48)	28 (21; 34)	12 (7,2; 16)
Südostasien	47 (28; 66)	33 (25; 41)	26 (18; 34)
Südostasien	52 (39; 66)	51 (45; 58)	31 (25; 37)
Westasien	8,2 (4,8; 12)	6,2 (4,6; 7,7)	4,7 (3,6; 5,8)
Ozeanien	53 (28; 77)	17 (7,8; 25)	20 (10; 29)
Kaukasus und Zentralasien	23 (16; 30)	22 (20; 23)	20 (17; 23)
Entwickelte Regionen	7,5 (4,7; 10)	4,8 (4,5; 5,1)	3,7 (2,8; 4,6)
Am wenigsten entwickelte Länder	49 (40; 59)	57 (52; 62)	48 (44; 53)
Binnenentwicklungsländer	25 (21; 30)	41 (37; 46)	42 (37; 47)
Kleine Inselentwicklungsländer	24 (17; 31)	15 (12; 18)	13 (10; 16)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

Indikator 6.10

Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der direkt überwachten Kurzzeittherapie (DOTS) geheilten Tuberkulosefälle

a) Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (DOTS) diagnostizierte neue Fälle

(abstrichpositive Fälle (in Prozent))^a

	1990	2000	2009
Welt	55 (49; 62)	45 (43; 48)	62 (59; 65)
Entwicklungsregionen	55 (49; 63)	43 (41; 46)	61 (58; 64)
Nordafrika	63 (53; 78)	90 (82; 98)	89 (82; 98)
Afrika südlich der Sahara	45 (41; 50)	38 (36; 40)	48 (46; 51)
Lateinamerika und Karibik	53 (45; 64)	69 (64; 75)	73 (68; 79)
Karibik	11 (8,8; 16)	51 (45; 60)	17 (15; 20)

	1990	2000	2009
Lateinamerika	56 (47; 69)	72 (66; 78)	81 (75; 88)
Ostasien	27 (22; 35)	35 (30; 43)	76 (68; 87)
Südasiens	85 (65; 130)	50 (44; 58)	64 (56; 74)
Südostasien	50 (42; 62)	34 (31; 38)	63 (57; 69)
Westasien	70 (59; 87)	64 (58; 70)	68 (62; 75)
Ozeanien	31 (23; 48)	76 (65; 91)	74 (64; 87)
Kaukasus und Zentralasien	42 (34; 53)	68 (63; 75)	65 (59; 71)
Entwickelte Regionen	58 (50; 70)	81 (74; 89)	84 (78; 92)
Am wenigsten entwickelte Länder	32 (28; 37)	35 (33; 37)	48 (46; 51)
Binnenentwicklungsländer	54 (49; 61)	47 (44; 50)	49 (46; 52)
Kleine Inselentwicklungsländer	22 (19; 28)	58 (53; 65)	45 (42; 50)

^a Unter- und Obergrenzen in Klammern.

b) Im Rahmen der direkt überwachten Kurzzeittherapie (DOTS) erfolgreich behandelte Fälle
(in Prozent)

	2000	2008
Welt	69	86
Entwicklungsregionen	69	87
Nordafrika	88	87
Afrika südlich der Sahara	71	80
Lateinamerika und Karibik	76	77
Karibik	72	76
Lateinamerika	77	77
Ostasien	92	94
Südasiens	42	88
Südostasien	86	89
Westasien	77	84
Ozeanien	76	70
Kaukasus und Zentralasien	79	74
Entwickelte Regionen	66	59
Am wenigsten entwickelte Länder	77	85
Binnenentwicklungsländer	75	81
Kleine Inselentwicklungsländer	73	75

Ziel 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

Zielvorgabe 7.A Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umwelt- ressourcen umkehren

Indikator 7.1
Anteil der Waldflächen
(in Prozent)

	1990	2000	2010
Welt	32,0	31,4	31,0
Entwicklungsregionen	29,4	28,2	27,6
Nordafrika	1,4	1,4	1,4
Afrika südlich der Sahara	31,2	29,5	28,1
Lateinamerika und Karibik	52,0	49,6	47,4
Karibik	25,8	28,1	30,3
Lateinamerika	52,3	49,9	47,6
Ostasien	16,4	18,0	20,5
Ostasien ohne China	15,2	14,0	12,8
Südasien	14,1	14,1	14,5
Südasien ohne Indien	7,8	7,3	7,1
Südostasien	56,9	51,3	49,3
Westasien	2,8	2,9	3,3
Ozeanien	67,5	65,1	62,5
Kaukasus und Zentralasien	3,9	3,9	3,9
Entwickelte Regionen	36,3	36,6	36,7
Am wenigsten entwickelte Länder	32,7	31,0	29,6
Binnenentwicklungsländer	19,3	18,2	17,1
Kleine Inselentwicklungsländer	64,6	63,7	62,7

Indikator 7.2
Kohlendioxid-Emissionen insgesamt, pro Kopf und je 1 Dollar BIP (KKP)

a) **Insgesamt^a**
(in Millionen Tonnen)

	1990	2000	2005	2007
Welt	21.839	23.839	27.895	30.121
Entwicklungsregionen	6.760	9.925	13.533	15.955
Nordafrika	232	333	400	453
Afrika südlich der Sahara	462	554	648	688
Lateinamerika und Karibik	1.019	1.334	1.464	1.652

	1990	2000	2005	2007
Karibik	84	99	105	136
Lateinamerika	934	1.235	1.359	1.516
Ostasien	2.988	3.964	6.388	7.670
Ostasien ohne China	527	559	598	638
Südasiens	1.009	1.675	2.061	2.509
Südasiens ohne Indien	319	489	650	766
Südostasien	426	785	1.055	1.173
Westasien	617	943	1.126	1.325
Ozeanien	6	7	11	9
Kaukasus und Zentralasien	485 ^b	329	380	477
Entwickelte Regionen	14.953	13.696	14.100	13.907
Am wenigsten entwickelte Länder	74	110	164	191
Binnenentwicklungsländer	50	399	451	557
Kleine Inselentwicklungsländer	139	158	172	183
Anlage-I-Länder ^{c,d,e}	14.968	14.430	14.902	14.652

b) Pro Kopf
(in Tonnen)

	1990	2000	2005	2008
Welt	4,1	3,9	4,2	4,4
Entwicklungsregionen	1,7	2,0	2,6	2,9
Nordafrika	1,9	2,3	2,6	2,8
Afrika südlich der Sahara	0,9	0,8	0,9	0,8
Lateinamerika und Karibik	2,3	2,6	2,7	2,9
Karibik	2,7	2,9	2,9	3,6
Lateinamerika	2,3	2,6	2,6	2,8
Ostasien	2,5	2,9	4,6	5,4
Ostasien ohne China	7,4	7,1	7,4	7,8
Südasiens	0,8	1,1	1,3	1,5
Südasiens ohne Indien	0,9	1,2	1,4	1,6
Südostasien	1,0	1,5	1,9	2,0
Westasien	4,8	5,6	6,0	6,6
Ozeanien	1,0	1,0	1,3	0,9
Kaukasus und Zentralasien	7,1 ^b	4,6	5,1	6,3
Entwickelte Regionen	12,3	11,4	11,5	11,2
Am wenigsten entwickelte Länder	0,1	0,2	0,2	0,2
Binnenentwicklungsländer	0,3	1,2	1,2	1,4
Kleine Inselentwicklungsländer	3,2	3,1	3,1	3,2
Anlage-I-Länder ^{c,d,e}	12,7	11,7	11,8	11,5

c) Je 1 Dollar BIP (KKP)
 (in Kilogramm)

	1990	2000	2005	2008
Welt	0,60	0,50	0,49	0,46
Entwicklungsregionen	0,64	0,59	0,61	0,58
Nordafrika	0,43	0,50	0,49	0,47
Afrika südlich der Sahara	0,55	0,53	0,48	0,43
Lateinamerika und Karibik	0,32	0,31	0,30	0,29
Karibik	0,60	0,58	0,53	0,62
Lateinamerika	0,32	0,30	0,29	0,28
Ostasien	1,46	0,87	0,94	0,83
Ostasien ohne China	0,44	0,44	0,38	0,36
Südasien	0,59	0,61	0,54	0,54
Südasien ohne Indien	0,49	0,51	0,51	0,52
Südostasien	0,42	0,47	0,49	0,46
Westasien	0,52	0,59	0,57	0,57
Ozeanien	0,29	0,25	0,38	0,20
Kaukasus und Zentralasien	2,31 ^b	1,80	1,30	1,22
Entwickelte Regionen	0,59	0,45	0,41	0,38
Am wenigsten entwickelte Länder	0,18	0,19	0,20	0,19
Binnenentwicklungsländer	0,20	0,93	0,73	0,71
Kleine Inselentwicklungsländer	0,59	0,41	0,37	0,32
Anlage-I-Länder ^{c,d,e}	0,59	0,46	0,43	0,39

^a Gesamte CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen; umfasst CO₂-Emissionen aus dem Verbrauch fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, der Zementherstellung und der Gasabfackelung (United States Department of Energy, Carbon Dioxide Information Analysis Center).

^b Daten für 1992.

^c Umfasst alle Anlage-I-Länder, die der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Bericht erstatten. Nicht-Anlage-I-Länder haben keine jährlichen Berichterstattungspflichten.

^d Die nationale Berichterstattung an die Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, die den Leitlinien der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen folgt, beruht auf den nationalen Emissionsinventaren und umfasst alle Quellen anthropogener Kohlendioxid-Emissionen. Sie errechnet sich aus der Summe der Emissionen des Energiesektors, der industriellen Prozesse, des Agrar- und des Abfallsektors.

^e Schließt Emissionen/Abbau durch Senken als Folge von Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft nicht mit ein.

Indikator 7.3
Verbrauch ozonabbauender Stoffe
(in Tonnen Ozonabbaupotenzial)

	1990 ^a	2000	2009
Entwicklungsregionen	236.892	207.991	41.983
Nordafrika	6.203	8.129	1.307
Afrika südlich der Sahara	23.449	9.574	1.787
Lateinamerika und Karibik	76.048	31.104	5.359
Karibik	2.177	1.669	159
Lateinamerika	73.871	29.435	5.200
Ostasien	103.217	105.762	24.734
Ostasien ohne China	12.904	14.885	4.363
Südasien	3.338	28.161	1.904
Südasien ohne Indien	3.338	9.466	927
Südostasien	21.108	16.831	2.940
Westasien	3.481	8.299	3.939
Ozeanien	47	129	13
Kaukasus und Zentralasien	2.738	928	188
Entwickelte Regionen	828.590	25.364	2.007
Am wenigsten entwickelte Länder	1.457	4.791	1.055
Binnenentwicklungsländer	3.354	2.395	484
Kleine Inselentwicklungsländer	7.162	2.147	434

^a Für die Jahre vor dem Inkrafttreten der Berichterstattungspflicht für eine Gruppe von Stoffen wurden die fehlenden Länderverbrauchswerte auf dem Stand des Basisjahres geschätzt. Dies gilt für die Stoffe in den Anlagen B, C und E, die 1992 beziehungsweise 1992 und 1994 in Kraft getreten sind.

Indikator 7.4
Anteil der Fischbestände innerhalb sicherer biologischer Grenzen^a
(in Prozent)

	1990	2000	2008
Unterbefischt	9,0	4,1	2,7
Mäßig befischt	22,3	21,3	11,8
Voll befischt	50,0	47,2	52,7
Überfischt	8,5	17,7	28,4
Erschöpft	7,4	8,6	3,3
In Wiederauffüllung begriffen	2,7	1,1	1,0

Indikator 7.5
Anteil der genutzten Wasserressourcen an den gesamten Wasservorkommen^a
(um 2005)
(in Prozent)

Entwicklungsregionen	9,6
Nordafrika	91,9

Afrika südlich der Sahara	3,3
Lateinamerika und Karibik	2,0
Ostasien	15,2
Ostasien ohne China	1,9
Südasien	19,7
Südasien ohne Indien	19,7
Südostasien	57,8
Westasien	53,4
Ozeanien	7,7
Kaukasus und Zentralasien	165,5
Entwickelte Regionen	0,04
Am wenigsten entwickelte Länder	56,0
Binnenentwicklungsländer	10,1
Kleine Inselentwicklungsländer	4,5

^a Anteil der Oberflächen- und Grundwasserentnahme an den gesamten verfügbaren erneuerbaren Wasserressourcen.

Zielvorgabe 7.B

Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Indikator 7.6

Anteil der geschützten Land- und Meeresgebiete

a) **Land- und Meeresgebiete^{a,b}**
(in Prozent)

	1990	2000	2010
Welt ^c	8,1	10,6	12,0
Entwicklungsregionen	7,9	10,6	12,2
Nordafrika	3,3	3,7	4,0
Afrika südlich der Sahara	10,7	11,0	11,5
Lateinamerika und Karibik	9,0	14,7	19,3
Karibik	3,3	3,8	4,6
Lateinamerika	9,3	15,1	19,9
Ostasien	11,5	14,3	15,3
Ostasien ohne China	3,9	11,4	11,6
Südasien	5,0	5,6	5,9
Südasien ohne Indien	5,4	6,2	6,8
Südostasien	4,6	7,1	7,8
Westasien	3,5	14,2	14,3
Ozeanien	0,5	1,1	3,2
Kaukasus und Zentralasien	2,7	3,0	3,0
Entwickelte Regionen	8,3	10,4	11,6

	1990	2000	2010
Am wenigsten entwickelte Länder	8,9	9,5	9,8
Binnenentwicklungsländer	8,9	10,9	11,3
Kleine Inselentwicklungsländer	1,5	2,7	4,2

^a Verhältnis von Schutzgebieten (Land- und Meeresgebiete) zur Gesamtfläche. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2010* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

b) Landgebiete^{a,b}
(in Prozent)

	1990	2000	2010
Welt ^c	8,8	11,3	12,7
Entwicklungsregionen	8,8	11,7	13,3
Nordafrika	3,3	3,7	4,0
Afrika südlich der Sahara	11,1	11,3	11,8
Lateinamerika und Karibik	9,7	15,3	20,3
Karibik	9,2	9,9	11,2
Lateinamerika	9,7	15,4	20,4
Ostasien	12,0	14,9	15,9
Ostasien ohne China	4,0	12,1	12,2
Südasien	5,3	5,9	6,2
Südasien ohne Indien	5,8	6,7	7,3
Südostasien	8,7	13,1	13,8
Westasien	3,8	15,3	15,4
Ozeanien	2,0	3,0	4,9
Kaukasus und Zentralasien	2,7	3,0	3,0
Entwickelte Regionen	8,7	10,7	11,6
Am wenigsten entwickelte Länder	9,4	10,0	10,2
Binnenentwicklungsländer	8,9	10,9	11,3
Kleine Inselentwicklungsländer	4,0	6,3	7,6

^a Verhältnis von geschützten Landgebieten zur Gesamtfläche. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2010* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

c) Meeresgebiete^{a,b}
 (in Prozent)

	1990	2000	2010
Welt ^c	3,1	5,2	7,2
Entwicklungsregionen	1,0	2,9	4,0
Nordafrika	3,1	3,6	4,6
Afrika südlich der Sahara	1,4	3,1	4,0
Lateinamerika und Karibik	2,7	8,9	10,8
Karibik	1,1	1,5	2,2
Lateinamerika	3,3	11,8	14,3
Ostasien	0,8	1,4	1,6
Ostasien ohne China	2,1	2,1	2,3
Südasien	0,9	1,1	1,2
Südasien ohne Indien	0,5	0,6	0,8
Südostasien	0,6	1,3	2,1
Westasien	0,7	2,0	2,2
Ozeanien	0,2	0,6	2,8
Kaukasus und Zentralasien	0,2	0,4	0,4
Entwickelte Regionen	5,9	8,5	11,5
Am wenigsten entwickelte Länder	0,9	1,9	3,4
Binnenentwicklungsländer ^d	0,0	0,0	0,0
Kleine Inselentwicklungsländer	0,4	1,2	2,8

^a Verhältnis von geschützten Meeresgebieten zur Gesamtfläche der Hoheitsgewässer. Die Unterschiede zwischen diesen Zahlen und den im statistischen Anhang zu *The Millennium Development Goals Report 2010* (siehe <http://unstats.un.org/unsd/mdg>) enthaltenen Zahlen sind auf die Verfügbarkeit neuer Daten und eine revidierte Methodik zurückzuführen.

^b Schutzgebiete, bei denen das Jahr ihrer Einrichtung nicht bekannt ist, sind in allen Jahresangaben enthalten.

^c Einschließlich Gebieten, die bei der Berechnung der Aggregate für die entwickelten Regionen und die Entwicklungsregionen nicht berücksichtigt werden.

^d Ohne die von einigen Binnenentwicklungsländern beanspruchten Hoheitsgewässer in Binnenmeeren.

Indikator 7.7
Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten^a

(Anteil der Arten, von denen erwartet wird, dass sie nicht in naher Zukunft aussterben (in Prozent))

	1986	1990	2000	2008
Welt	85,3	85,0	84,3	83,7
Entwicklungsregionen	84,9	84,7	84,0	83,4
Nordafrika	94,3	94,1	93,9	93,6
Afrika südlich der Sahara	87,6	87,6	87,3	87,1
Lateinamerika und Karibik	84,1	83,8	83,1	82,6
Ostasien	89,9	89,7	89,0	88,4
Südasien	84,9	84,8	84,4	84,1
Südostasien	87,9	87,6	86,6	86,0

	1986	1990	2000	2008
Westasien	93,5	93,3	92,7	92,2
Ozeanien	91,2	91,0	90,4	90,0
Kaukasus und Zentralasien	95,7	95,5	94,9	94,4
Entwickelte Regionen	90,9	90,6	90,1	89,6

^a Nach dem Rote-Liste-Index des Fortbestands der Arten zur biologischen Vielfalt der Wirbeltiere (Säugetiere, Vögel und Amphibien). Der Rote-Liste-Index verzeichnet den Anteil der Arten, die in naher Zukunft ohne zusätzliche Erhaltungsmaßnahmen voraussichtlich erhalten bleiben, mit einem Wert von 1,0 für die Arten, die auf der Roten Liste der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen als „nicht gefährdet“ eingestuft werden, und einem Wert von Null für alle Arten, die ausgestorben sind.

Zielvorgabe 7.C

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Indikator 7.8

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung

(in Prozent)

	1990		2008			
	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner
Welt	77	95	64	87	96	78
Entwicklungsregionen	72	93	60	84	94	76
Nordafrika	86	94	78	92	95	87
Afrika südlich der Sahara	49	83	36	60	83	47
Lateinamerika und Karibik	85	95	63	93	97	80
Ostasien	69	97	56	89	98	82
Ostasien ohne China	96	97	93	98	100	91
Südasien	75	91	69	87	95	83
Südasien ohne Indien	82	95	77	85	93	80
Südostasien	72	92	63	86	92	81
Westasien	85	96	70	90	96	78
Ozeanien	51	92	38	50	92	37
Kaukasus und Zentralasien	88	96	80	88	97	80
Entwickelte Regionen	98	100	96	99	100	97

Indikator 7.9

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen

(in Prozent)

	1990			2008		
	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner	Gesamt	Stadt- bewohner	Land- bewohner
Welt	54	77	36	61	76	45
Entwicklungsregionen	42	65	29	53	68	40
Nordafrika	72	91	55	89	94	83
Afrika südlich der Sahara	28	43	21	31	44	24
Lateinamerika und Karibik	69	81	39	80	86	55
Ostasien	43	53	39	56	61	53
Ostasien ohne China	100	100	100	97	99	92
Südasien	25	56	13	36	57	26
Südasien ohne Indien	42	74	30	50	65	42
Südostasien	46	69	36	69	79	60
Westasien	79	96	53	85	94	67
Ozeanien	55	85	46	53	81	45
Kaukasus und Zentralasien	91	96	86	95	96	95
Entwickelte Regionen	97	99	93	97	99	92

Zielvorgabe 7.D
Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Indikator 7.10

Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung^a

(in Prozent)

	1990	2000	2010
Entwicklungsregionen	46,1	39,3	32,7
Nordafrika	34,4	20,3	13,3
Afrika südlich der Sahara	70,0	65,0	61,7
Lateinamerika und Karibik	33,7	29,2	23,5
Ostasien	43,7	37,4	28,2
Südasien	57,2	45,8	35,0
Südostasien	49,5	39,6	31,0
Westasien	22,5	20,6	24,6
Ozeanien	24,1	24,1	24,1

^a Stadtbewohner in Haushalten, auf die mindestens eines der folgenden vier Merkmale zutrifft: kein Zugang zu besserer Trinkwasserversorgung, kein Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen, Überbelegung (drei oder mehr Personen in einem Raum) und aus nicht beständigem Material gebaute Behausungen. Grubenlatrinen werden zur Hälfte als bessere sanitäre Einrichtungen gewertet. Diese neuen Zahlen sind nicht mit den früher veröffentlichten Schätzungen vergleichbar, in denen alle Haushalte, die Grubenlatrinen nutzen, als Slumhaushalte angesehen wurden.

Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 8.A

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Umfasst die Verpflichtung auf gute Regierungsführung, Entwicklung und Armutsminderung auf nationaler und internationaler Ebene.

Zielvorgabe 8.B

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen

Umfasst den zoll- und quotenfreien Zugang für die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder, ein verstärktes Schuldenerleichterungsprogramm für die hochverschuldeten armen Länder und die Streichung der bilateralen öffentlichen Schulden sowie die Gewährung großzügiger öffentlicher Entwicklungshilfe an Länder, die sich zur Verminderung der Armut verpflichtet haben.

Zielvorgabe 8.C

Den besonderen Bedürfnissen der Binnen- und kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen (durch das Aktionsprogramm für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und die Ergebnisse der zweiundzwanzigsten Sonder-tagung der Generalversammlung)

Zielvorgabe 8.D

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen

Öffentliche Entwicklungshilfe

Indikator 8.1

Öffentliche Entwicklungshilfe, netto (insgesamt und an die am wenigsten entwickelten Länder), in Prozent des Bruttonationaleinkommens der Geberländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

a) Jährliche Leistungen insgesamt^a
(in Milliarden US-Dollar)

	1990	2002	2006	2007	2008	2009	2010 ^b
Alle Entwicklungsländer	52,8	58,6	104,8	104,2	122,0	119,8	128,7
Am wenigsten entwickelte Länder	15,1	16,7	29,7	32,3	37,8	37,4	

^a Enthält den Erlass der nicht mit öffentlicher Entwicklungshilfe zusammenhängenden Schulden, jedoch nicht den Schuldenerlass zu militärischen Zwecken.

^b Vorläufige Daten.

b) Anteil am Bruttonationaleinkommen der OECD/DAC-Geberländer

(in Prozent)

	1990	2002	2006	2007	2008	2009	2010 ^a
Alle Entwicklungsländer	0,32	0,23	0,30	0,27	0,30	0,31	0,32
Am wenigsten entwickelte Länder	0,09	0,07	0,08	0,08	0,09	0,10	

^a Vorläufige Daten.

Indikator 8.2
Anteil der gesamten bilateralen, sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer für soziale Grunddienste (Grundbildung, primäre Gesundheitsversorgung, Ernährung, einwandfreies Wasser und Sanitärversorgung)

	1999	2001	2003	2005	2007	2009
in Prozent	10,1	14,0	15,7	15,9	19,9	21,0
in Milliarden US-Dollar	3,1	3,5	5,8	8,2	12,4	16,7

Indikator 8.3
Anteil der ungebundenen bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der OECD/DAC-Geberländer^a

	1990	2003	2005	2006	2007	2008	2009
in Prozent	67,6	91,1	91,4	88,3	83,9	86,6	84,4
in Milliarden US-Dollar	16,3	30,1	49,0	62,2	60,3	80,5	71,1

^a Unter Ausschluss der technischen Zusammenarbeit und der Verwaltungskosten sowie aller öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen, über deren Bindungsgrad keine Angaben gemacht wurden. Der Anteil der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe unter Ausschluss der technischen Zusammenarbeit und der Verwaltungskosten, für die Angaben über den Bindungsgrad gemacht wurden, betrug im Jahr 2008 99,6 Prozent.

Indikator 8.4
Von den Binnenentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2005	2006	2007	2008	2009
in Prozent	10,3	8,1	7,0	6,2	5,6	5,3	4,6
in Milliarden US-Dollar	7,0	12,1	15,0	16,6	18,9	22,6	25,0

Indikator 8.5
Von den kleinen Inselentwicklungsländern erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe in Prozent ihres Bruttonationaleinkommens

	1990	2003	2005	2006	2007	2008	2009
in Prozent	2,6	2,2	2,5	2,6	2,7	2,7	2,8
in Milliarden US-Dollar	2,1	1,8	2,5	2,7	3,2	3,7	4,2

Marktzugang

Indikator 8.6

Anteil der zollfreien Einfuhren an den Gesamteinfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern und den am wenigsten entwickelten Ländern (nach Wert und ohne Rüstungsgüter)

(in Prozent)

	1996	2000	2005	2007	2009
a) ohne Rüstungsgüter					
Entwicklungsländer ^a	53	63	76	82	82
davon präferenziell ^b	16	14	17	16	16
Nordafrika	52	57	97	97	97
Afrika südlich der Sahara	78	80	93	96	97
Lateinamerika und Karibik	66	75	93	94	94
Ostasien	35	52	62	67	67
Südasien	47	48	58	72	69
Südostasien	59	75	77	80	79
Westasien	34	39	66	96	97
Ozeanien	85	83	89	91	93
Kaukasus und Zentralasien	91	84	94	94	98
Am wenigsten entwickelte Länder	68	75	83	89	89
davon präferenziell ^b	29	42	28	27	29
b) ohne Rüstungsgüter und Erdöl					
Entwicklungsländer ^a	54	65	76	78	78
davon präferenziell ^b	19	16	20	19	19
Nordafrika	20	26	95	95	94
Afrika südlich der Sahara	88	83	91	93	95
Lateinamerika und Karibik	73	81	93	93	93
Ostasien	35	52	62	67	67
Südasien	41	46	58	63	62
Südostasien	60	76	77	79	79
Westasien	35	44	87	93	93
Ozeanien	82	79	87	89	92
Kaukasus und Zentralasien	90	69	84	82	90
Am wenigsten entwickelte Länder	78	70	80	80	80
davon präferenziell ^b	35	35	49	52	53

^a Einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder.^b Die tatsächliche Präferenzmarge erhält man durch Abzug des Werts der Produkte, die im Rahmen des Meistbegünstigungsregimes zollfreien Zugang erhalten, vom Gesamtwert aller Produkte mit zollfreiem Zugang. Die Indikatoren beruhen auf der besten verfügbaren Behandlung, einschließlich regionaler und präferenzieller Abkommen.

Indikator 8.7

Durchschnittliche Höhe der von den entwickelten Ländern erhobenen Zölle auf Agrarprodukte, Textilien und Bekleidung aus den Entwicklungsländern

(in Prozent)

	1996	2000	2005	2009
a) ohne Rüstungsgüter				
Entwicklungsländer	10,5	9,2	8,8	7,8
Nordafrika	6,7	7,4	7,2	6,4
Afrika südlich der Sahara	7,4	6,2	6,2	4,5
Lateinamerika und Karibik	12,1	10,3	9,8	8,0
Ostasien	9,3	9,5	10,8	10,7
Südasien	5,4	5,4	4,5	5,5
Südostasien	11,4	10,2	9,2	9,0
Westasien	8,2	7,5	5,0	5,3
Ozeanien	11,5	9,5	8,8	8,4
Kaukasus und Zentralasien	4,8	3,9	3,4	4,1
Am wenigsten entwickelte Länder	3,8	3,6	3,0	1,2
b) Textilien				
Entwicklungsländer	7,3	6,5	5,2	5,1
Nordafrika	8,0	7,2	4,4	3,9
Afrika südlich der Sahara	3,9	3,4	2,9	2,9
Lateinamerika und Karibik	4,7	3,5	1,5	1,3
Ostasien	7,3	6,7	5,8	5,8
Südasien	7,1	6,5	6,1	5,8
Südostasien	9,2	8,4	6,0	5,6
Westasien	9,2	8,2	4,6	4,5
Ozeanien	5,9	5,3	4,9	4,9
Kaukasus und Zentralasien	7,3	6,3	5,8	5,7
Am wenigsten entwickelte Länder	4,6	4,1	3,2	3,2
c) Bekleidung				
Entwicklungsländer	11,4	10,8	8,3	8,1
Nordafrika	11,9	11,1	8,0	5,9
Afrika südlich der Sahara	8,5	7,9	1,6	1,6
Lateinamerika und Karibik	8,8	7,8	1,3	1,3
Ostasien	12,0	11,5	11,0	11,1
Südasien	10,2	9,6	8,6	8,6
Südostasien	14,2	13,6	10,5	9,4
Westasien	12,6	11,8	8,5	8,3
Ozeanien	8,8	8,3	8,4	8,8
Kaukasus und Zentralasien	12,9	11,8	11,5	10,8
Am wenigsten entwickelte Länder	8,2	7,8	6,4	6,4

Indikator 8.8

Geschätzte Agrarsubventionen in den OECD-Ländern in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	1990	2003	2005	2006	2007	2008	2009 ^a
in Prozent	1,86	1,12	1,04	0,95	0,87	0,86	0,93
in Milliarden US-Dollar	327	340	369	358	362	379	384

^a Vorläufige Daten.

Indikator 8.9

Anteil der für den Aufbau der Handelskapazitäten gewährten öffentlichen Entwicklungshilfe^a

	2001	2003	2005	2007	2008	2009
Handelspolitik und -vorschriften sowie handelsbezogene Anpassung ^b	1,0	0,8	0,8	0,8	0,8	0,9
Wirtschaftliche Infrastruktur	21,5	14,8	17,2	13,6	18,7	15,1
Aufbau von Produktionskapazitäten	16,0	13,4	12,8	13,3	14,8	12,9
Gesamte Handelshilfe	38,5	29,0	30,7	27,7	34,4	28,9

^a Stellvertreterindikatoren für Handelshilfe, als Prozentsatz der bilateralen sektoral zuordenbaren öffentlichen Entwicklungshilfe (Welt).

^b Die Meldung von Daten über handelsbezogene Anpassung begann 2007. Bisher meldeten lediglich Kanada und die Europäische Kommission Daten.

Schuldentragfähigkeit

Indikator 8.10

Gesamtzahl der Länder, die ihren Entscheidungspunkt im Rahmen der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) erreicht haben, und Anzahl der Länder, die ihren HIPC-Abschlusspunkt erreicht haben (kumulativ)

	2000 ^a	2011 ^b
Abschlusspunkt erreicht	1	32
Entscheidungspunkt erreicht, Abschlusspunkt noch nicht erreicht	21	4
Entscheidungspunkt noch nicht erreicht	12	4
In Betracht kommende Länder insgesamt	34	40

^a Umfasst nur die Länder, die 2011 als hochverschuldete arme Länder eingestuft sind. Die Daten für 2000 geben den Jahresendstand wieder.

^b Stand: März 2011.

Indikator 8.11

Im Rahmen der HIPC-Initiative und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI) zugesagte Schuldenerleichterungen^a

(in Milliarden US-Dollar (kumulativ))

	2000	2011
Für Länder, die den Entscheidungs- oder Abschlusspunkt erreicht haben	32	90

^a Ausgedrückt im Nettogegenwartswert von Ende 2009. Stand der Zusagen: März 2011.

Indikator 8.12

Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse (Güter und Dienstleistungen)^a

	1990	2000	2008	2009
Entwicklungsregionen	18,7	12,5	3,4	3,6
Nordafrika	39,8	15,3	6,1	6,9
Afrika südlich der Sahara	11,4	9,4	2,0	3,1
Lateinamerika und Karibik	20,6	21,8	6,8	7,2
Karibik	16,8	8,0	11,4	14,6
Lateinamerika	20,7	22,2	6,7	7,1
Ostasien	10,5	5,1	0,6	0,6
Südasien	17,6	13,7	5,2	3,5
Südasien ohne Indien	9,3	11,5	7,7	9,8
Südostasien	16,7	6,5	3,0	4,0
Westasien	26,4	16,2	9,2	9,0
Ozeanien	14,0	5,9	2,8	1,9
Kaukasus und Zentralasien	0,62 ^b	8,4	0,6	1,0
Am wenigsten entwickelte Länder	16,8	11,4	2,9	5,6
Binnenentwicklungsländer	14,4	8,6	1,3	1,9
Kleine Inselentwicklungsländer	13,7	8,7	7,6	9,5

^a Enthält die im Rahmen des Verschuldungs-Berichterstattungssystems der Weltbank berichtenden Länder. Die Aggregate beruhen auf den verfügbaren Daten und enthalten für einige Jahre möglicherweise nicht die Länder, zu denen keine Daten über Güter- und Dienstleistungsexporte und über Nettoeinnahmen aus dem Ausland vorliegen.

^b Daten für 1993.

Zielvorgabe 8.E

In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel zu bezahlbaren Kosten in den Entwicklungsländern verfügbar machen

Indikator 8.13

Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu bezahlbaren Kosten

Globale oder regionale Angaben liegen nicht vor.

Zielvorgabe 8.F**In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können**

Indikator 8.14

Festnetzanschlüsse je 100 Einwohner

	1990	2000	2009
Welt	9,8	15,9	17,5
Entwicklungsregionen	2,3	7,9	12,2
Nordafrika	2,8	7,1	11,3
Afrika südlich der Sahara	1,0	1,4	1,5
Lateinamerika und Karibik	6,3	14,7	18,2
Karibik	7,0	11,2	10,7
Lateinamerika	6,2	15,0	18,8
Ostasien	2,4	13,8	24,8
Ostasien ohne China	24,8	42,8	43,9
Südasien	0,7	3,2	4,3
Südasien ohne Indien	1,0	3,4	7,1
Südostasien	1,3	4,8	12,4
Westasien	8,6	16,5	15,3
Ozeanien	3,3	5,2	5,4
Kaukasus und Zentralasien	7,9	8,8	12,5
Entwickelte Regionen	37,0	49,2	41,5
Am wenigsten entwickelte Länder	0,3	0,5	1,0
Binnenentwicklungsländer	2,4	2,8	3,9
Kleine Inselentwicklungsländer	7,9	12,9	12,2

Indikator 8.15

Mobilfunkteilnehmer je 100 Einwohner

	1995	2000	2009
Welt	1,6	12,1	68,4
Entwicklungsregionen	0,4	5,4	58,2
Nordafrika	<0,1	2,7	79,7
Afrika südlich der Sahara	0,1	1,7	37,3
Lateinamerika und Karibik	0,8	12,3	89,4
Karibik	1,2	7,4	54,2
Lateinamerika	0,8	12,6	92,1
Ostasien	0,5	9,9	57,8
Ostasien ohne China	3,4	49,9	86,8
Südasien	<0,1	0,4	44,7
Südasien ohne Indien	<0,1	0,5	46,7

	1995	2000	2009
Südostasien	0,7	4,3	79,5
Westasien	0,6	12,7	87,0
Ozeanien	0,2	2,4	25,2
Kaukasus und Zentralasien	<0,1	1,3	74,9
Entwickelte Regionen	6,4	39,8	114,3
Am wenigsten entwickelte Länder	<0,1 ^a	0,3	26,2
Binnenentwicklungsländer	<0,1	1,1	34,7
Kleine Inselentwicklungsländer	1,5	11,0	57,5

^a Daten für 1996.

Indikator 8.16
Internetnutzer je 100 Einwohner

	1995	2000	2009
Welt	0,8	6,6	26,5
Entwicklungsregionen			
Nordafrika	<0,1	0,7	25,2
Afrika südlich der Sahara	0,1	0,5	8,9
Lateinamerika und Karibik	0,1	3,9	32,9
Karibik	0,1	2,9	22,3
Lateinamerika	0,1	4,0	33,7
Ostasien	0,1	3,8	31,0
Ostasien ohne China	1,1	28,7	57,9
Südasien	<0,1	0,5	5,6
Südasien ohne Indien	<0,1 ^a	0,3	6,6
Südostasien	0,1	2,4	15,2
Westasien	0,1	3,2	27,0
Ozeanien	0,1	1,8	6,4
Kaukasus und Zentralasien	<0,1	0,5	18,8
Entwickelte Regionen	3,2	25,1	64,9
Am wenigsten entwickelte Länder	<0,1 ^b	0,1	2,7
Binnenentwicklungsländer	<0,1 ^a	0,3	7,1
Kleine Inselentwicklungsländer	0,4	5,2	22,3

^a Daten für 1996.

^b Daten für 1998.

Quellen: Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele und Datenbank der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele (<http://mdgs.un.org>).

Anmerkungen: Sofern nicht anders angegeben beruht die regionale Gruppierung auf den geografischen Regionen der Vereinten Nationen, mit einigen Anpassungen, die notwendig waren, um für Analyse- und Darstellungszwecke möglichst homogene Ländergruppen herzustellen. Die für die Berichterstattung 2011 über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele verwendete Zusammensetzung der Regionen kann in Englisch unter <http://mdgs.un.org> unter „Data“ abgerufen werden.

Der Begriff „Entwickelte Regionen“ umfasst Europa (einschließlich der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Europa)), Australien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland und die Vereinigten Staaten von Amerika.

„Kaukasus und Zentralasien“ umfasst Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

11-43143 (G) 150811

